



Wasser- und Abwasserverband Elsterwerda | Am Klärwerk 8 | 04910 Elsterwerda

Plan und Recht GmbH
Bauleitplanung, Entwicklungsplanung,
Regionalplanung
Oderberger Str. 40
10435 Berlin

Reg.-Nr. : 090/2024 erneute Vorab-TÖB

Ansprechpartner: [REDACTED]
Telefon: 03533 / 4894- [REDACTED]
Telefax: 03533 / 4894-55
E-Mail: [REDACTED]@wav-elsterwerda.de

per E-Mail: beteiligung@planundrecht.de

Elsterwerda, 09.04.2024

Aufstellung des Bebauungsplans "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf und parallele Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland", div. Flurstücke von Flur 2 der Gemarkung Wainsdorf "Die vordersten Lange Stücke" in Elbe-Elster, Röderland OT Wainsdorf

Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. BauGB

hier: erneute Vorab-Stellungnahme / Ergänzung zur Reg.-Nr. 134/2023 - Anschreiben vom 08.06.2023 / Leitungsauskunft

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend Ihrer Anfrage vom 25.03.2024 erteilt der Wasser- und Abwasserverband Elsterwerda die beiliegende Vorab-Auskunft zu vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen im angegebenen Bereich. Die von Ihnen bereit gestellten Dateien wurden gedownloadet und geprüft.

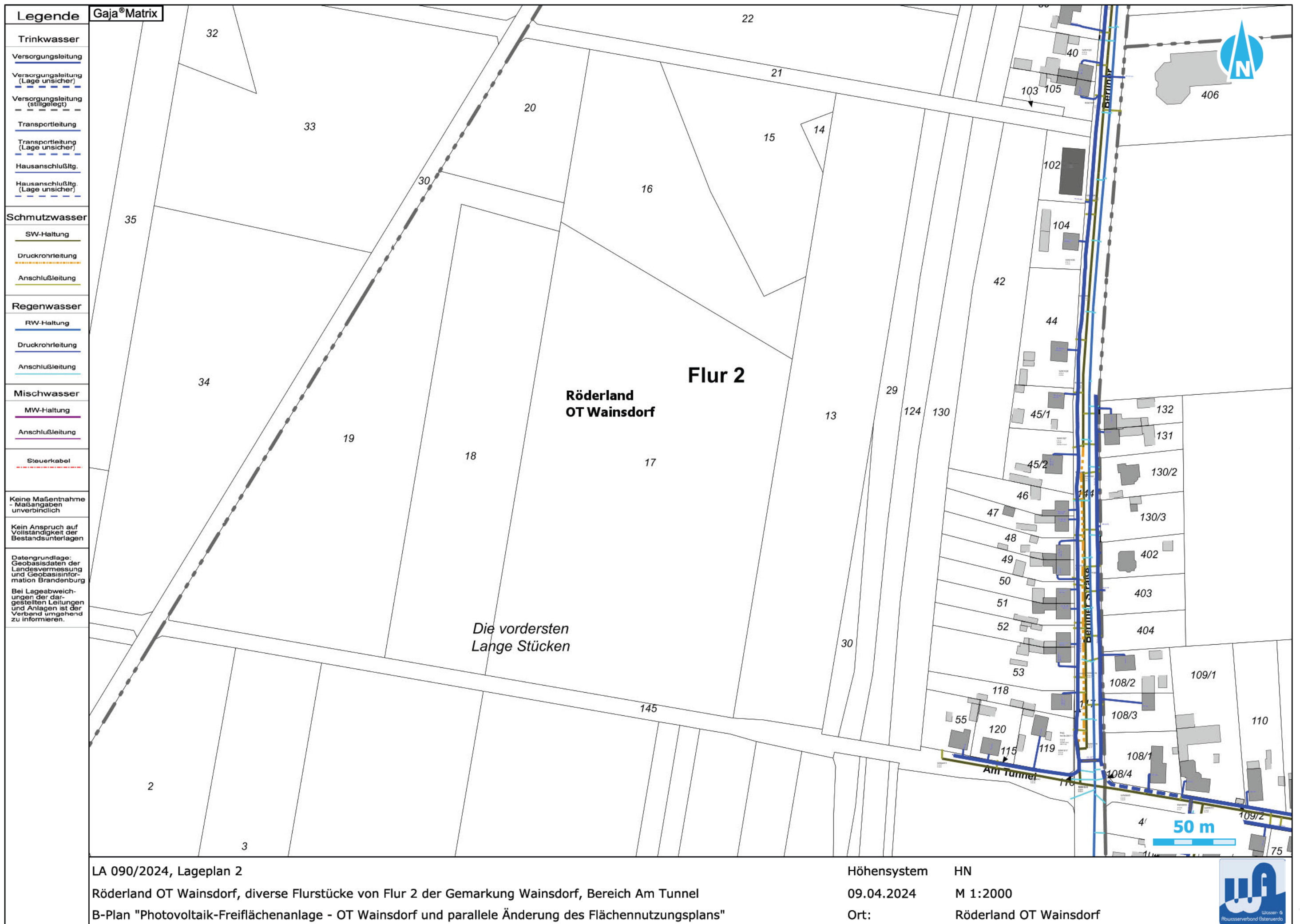
Grundsätzlich behält die Vorab-Stellungnahme Reg.-Nr. 134/2023 - Anschreiben vom 08.06.2023 weiterhin Ihre volle Gültigkeit. Die darin enthaltenen Forderungen und Hinweise müssen weiterhin berücksichtigt werden. Vorsorglich erhalten Sie hiermit 2 Lagepläne zur weiteren Verwendung und Orientierung. Eventuelle Berührungspunkte ergeben sich anhand der mitgesendeten Lagepläne.

Der Verband hat keine Kenntnisse über womöglich vorhandene Leitungen auf den Privatgrundstücken. Im eventuellen Querungsbereich von Anlagen des Verbandes (siehe Lageplan 1 entlang der Bundesstraße B101 von Röderland OT Präsen nach Röderland OT Wainsdorf sowie im Lageplan 2, Bereich Am Tunnel in Wainsdorf) sind vor Baubeginn die Tiefenlagen der querenden Medien zu prüfen. Horizontale und vertikale Mindestabstände zu bestehenden Versorgungsleitungen und Bauwerken sind gemäß DIN 19630 bzw. DVGW Regelwerk W 400 (1-3) / 403 zwingend einzuhalten.

Bei der Beantragung der Leitungsauskunft ist durch den ausführenden Baubetrieb die o. g. Registriernummer dieser Stellungnahme mit anzugeben. Im Zuge der weiterführenden Planung bzw. bei Vorliegen der Genehmigungsplanung ist der Verband abschließend zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen: Auszug aus dem Bestand (Lagepläne 1 und 2)



Plan und Recht GmbH

Von: [REDACTED] [REDACTED]@gww-sonnewalde.de>
Gesendet: Dienstag, 26. März 2024 08:37
An: beteiligung@planundrecht.de
Betreff: Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – Ortsteil Wainsdorf“

Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

V/5.1-01150(8.Erg.)
V/5.2-2398(1.Erg.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Aufstellung des vorhabenbezogenen B-Planes „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ und parallele Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland stimmen wir zu. Es sind keine Gewässer II. Ordnung in unserer Unterhaltungspflicht betroffen.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Gewässerverband Kleine Elster-Pulsnitz
Finsterwalder Straße 32a
03249 Sonnewalde

Tel.: 035323 [REDACTED]
Mobil: [REDACTED]
Email: [REDACTED]@gww-sonnewalde.de

+++ Achtung, wir haben eine neue Postanschrift! +++



Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH • PF 15 60 54 03060 • Cottbus

Standort Kolkwitz

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht: vom 15.05.2023
Unser Zeichen: V103084/23 VS-O-B-G
Unsere Nachricht: vom

Plan und Recht
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Name: [REDACTED]
Telefon: 0355-68 [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@mitnetz-strom.de

Kolkwitz, 22.06.2023

Bebauungsplan Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf Gemeinde Röderland

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorhandene Leitungsbestand wurde für den gekennzeichneten Bereich als Bestandsunterlage der envia Mitteldeutsche Energie AG beigelegt.

Unsere 110-kV-Hochspannungsfreileitung BL 6250 Lachhammer/West-Gröditz (MB 60-36) hat langfristig Bestand.

Die Abstände zu unserer 110-kV-Freileitung sind nach DIN EN 50341 (DIN VDE 0210) einzuhalten. Bei Arbeiten in der Nähe bzw. unter unserer Freileitung sind die Sicherheitsabstände nach DIN VDE 0105 und DGUV Vorschrift 3 verbindlich.

Im Schutzstreifen unserer 110-kV-Freileitung von:

- Mastbereich: 60-61: 44,00 m Breite (je 22,00 m Breite zu beiden Seiten der Mittellinie der Freileitung)
- Mastbereich: 61-62: 50,00 m Breite (je 25,00 m Breite zu beiden Seiten der Mittellinie der Freileitung)
- Mastbereich: 62-63: 44,00 m Breite (je 22,00 m Breite zu beiden Seiten der Mittellinie der Freileitung)

dürfen Bauwerke nicht errichtet, Bau-, Betriebs- und Instandhaltungsarbeiten (einschließlich der Arbeitsfahrzeuge) nicht behindert werden.



Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH

Postanschrift PF 15 60 54 • 03060 Cottbus • Geschäftsanschrift Industriestraße 10 • 06184 Kabelsketal
T +49 345 216-0 • F +49 345 216-2311 • info@mitnetz-strom.de • www.mitnetz-strom.de • Vorsitzender des Aufsichtsrates
Dr. Stephan Lowis • Geschäftsführung Dirk Sattur • Christine Janssen • Sitz der Gesellschaft Halle (Saale)
Registergericht Amtsgericht Stendal • HRB 215080 • Bankverbindung Deutsche Bank AG Chemnitz • BIC DEUTDE33XXX
IBAN DE29 8707 0000 0120 1664 00 • USt-ID-Nr. DE814181768

Ein Unternehmen der



V103084/23 VS-O-B-G vom 22.06.2023

Eine Arbeitshöhe von:

- Mastbereich: 60-61: 9,00 m
- Mastbereich: 61-62: 3,50 m
- Mastbereich: 62-63: 4,00 m

über der Oberkante des Geländes (einschließlich der Geräteausleger und Aufbauten der Baufahrzeuge) darf im Leitungsschutzstreifen nicht überschritten werden. Dies schließt eine Fehlbedienung mit ein. Leitungsgefährdende Vorrichtungen, ober- oder unterirdisch, müssen unterbleiben.

Eine ungehinderte Zufahrt zu den Maststandorten ist unserem Unternehmen jederzeit uneingeschränkt zu gewährleisten.

Im Umkreis bis zu 30,00 m um Maststandorte können Erdungsanlagen vorhanden sein. Beim Auffinden bzw. bei Beschädigungen von Mastern ist unverzüglich die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Realisierung Hochspannungsleitungen, Telefon 0355 68 1921, zu informieren.

Der Mindestabstand bei Schachtarbeiten zur Mastfundamentaußenkante beträgt 15,00 m.

Im Bereich der Freileitungskreuzung sind keine Niveauerhöhungen zulässig.

Niveauveränderungen im Bereich der Freileitungen sind nur unter Einhaltung der Mindestabstände nach DIN EN 50341 (DIN VDE 0210 und 211) zulässig. Dies ist jedoch vor Baubeginn mittels Höhenprofilplan nachzuweisen und zustimmungspflichtig.

Einer Verlegung von Kabeltrassen im Schutzstreifen unserer 110-kV-Freileitungen kann seitens der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH nur zugestimmt werden, wenn vom Betreiber des Kabels folgender Sachverhalt akzeptiert wird:

MS-Kabel, die 110-kV-Leitungen kreuzen bzw. über längere Strecken parallel verlegt sind, können bei auftretenden unsymmetrischen Fehlern im 110-kV-Netz durch Potential- bzw. Spannungsverlagerungen und entsprechende Ausgleichsvorgänge beeinflusst/ beansprucht werden.

Die Kosten für die Beseitigung eventuell dadurch eingetretener Schäden am MS-Kabel einschließlich Folgeschäden werden nicht durch Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH übernommen.

Vor der weiteren Planung des Vorhabens wäre eine gemeinsame Beratung empfehlenswert, um Bauumfang, Technologie als auch Beschränkungen im 110-kV-Leitungsschutzstreifen zu klären. Diese vereinbaren Sie bitte mit der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Realisierung Hochspannungsleitungen, Annahof Graben 1 – 3, 03099 Kolkwitz / Klein Gaglow, Telefon 0355 / 68 - 1921.

V103084/23 VS-O-B-G vom 22.06.2023

Nach den derzeitigen Planungsunterlagen und auf Grundlage der niedrigen Leiterseilhöhe können wir der Unterbauung der 110kV-Leitung mit Photovoltaikanlagen nicht zustimmen.

Nach Zusendung von detaillierten Planungsunterlagen ((z.B. Modulaufstellung, Höhenangaben, Zuwegung zur elektrischen Anlage (Mast und Beseilung), Freiflächen etc.)) kann intern eine mögliche Bebauung geprüft werden. Hierfür werden Vorgaben (z.B. Breite und Anzahl von Zufahrten, Freiflächen unter HSL etc.) seitens der MITNETZ Strom festgelegt. Dies ist erforderlich, um auch in Zukunft eine Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Wir möchten Sie darauf hinweisen das bei dem Herunterfallen von schadhaften Teilen, z.B. auch Eisabwurf von der Hochspannungsleitung Schäden an den Solarmodulen entstehen. Zudem ist im Falle einer Unterbauung ein Unterbauungsvertrag abzuschließen.

Auf den gemäß BauGB § 9 Absatz 1 Ziffern 12, 13 und 21 im Bebauungsplan festgeschriebenen Flächen dürfen Bauwerke nicht errichtet, die Versorgungsanlagen durch Bäume, Sträucher sowie Arbeiten jeglicher Art nicht gefährdet und Bau-, Betrieb- und Instandhaltungsarbeiten (einschl. der Arbeitsfahrzeuge) nicht behindert werden.

Bauliche Veränderungen und Pflanzmaßnahmen bitten wir gesondert bei der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH zur Stellungnahme einzureichen.

Die Festlegung des technisch und wirtschaftlich günstigsten Netzanschlusspunktes muss durch eine Netzverträglichkeitsprüfung erfolgen. Diese ist gesondert durch den Errichter/Betreiber der Solaranlagen unter Angabe der elektrotechnisch relevanten Daten über unser Einspeiser@mitnetz-strom.de zu beantragen.

Die notwendige Kabelverlegung zum Anschluss der Solaranlagen zum Netzanschlusspunkt ist nicht Bestandteil dieser Stellungnahme. Diese sind ebenfalls zur Stellungnahme/Genehmigung einzureichen.

Sollten lagebedingt Änderungen der Leitungen/Anlagen notwendig werden, so richtet sich die Kostentragung nach den bestehenden Verträgen bzw. sonstigen Regelungen. Ein entsprechender Auftrag ist durch den Verursacher der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH, Annahofen Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz, vorzugsweise an Leistungskunden@mitnetz-strom.de zu erteilen.

Seite 4/4

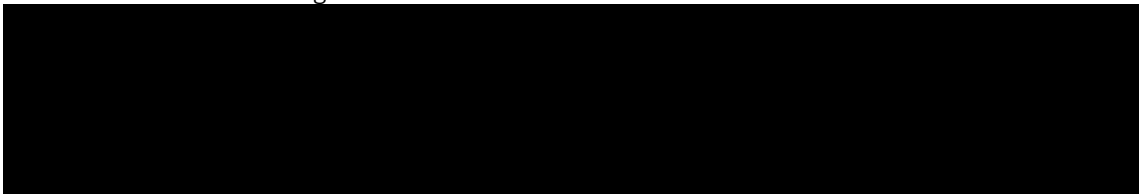
V103084/23 VS-O-B-G vom 22.06.2023

Fragen, Hinweise und Widersprüche zu dieser Stellungnahme senden Sie bitte grundsätzlich an folgende Anschrift: Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Annahofen Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz, vorzugsweise an das Postfach TOEB-Brandenburg@mitnetz-strom.de.

Dieses Schreiben hat eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH

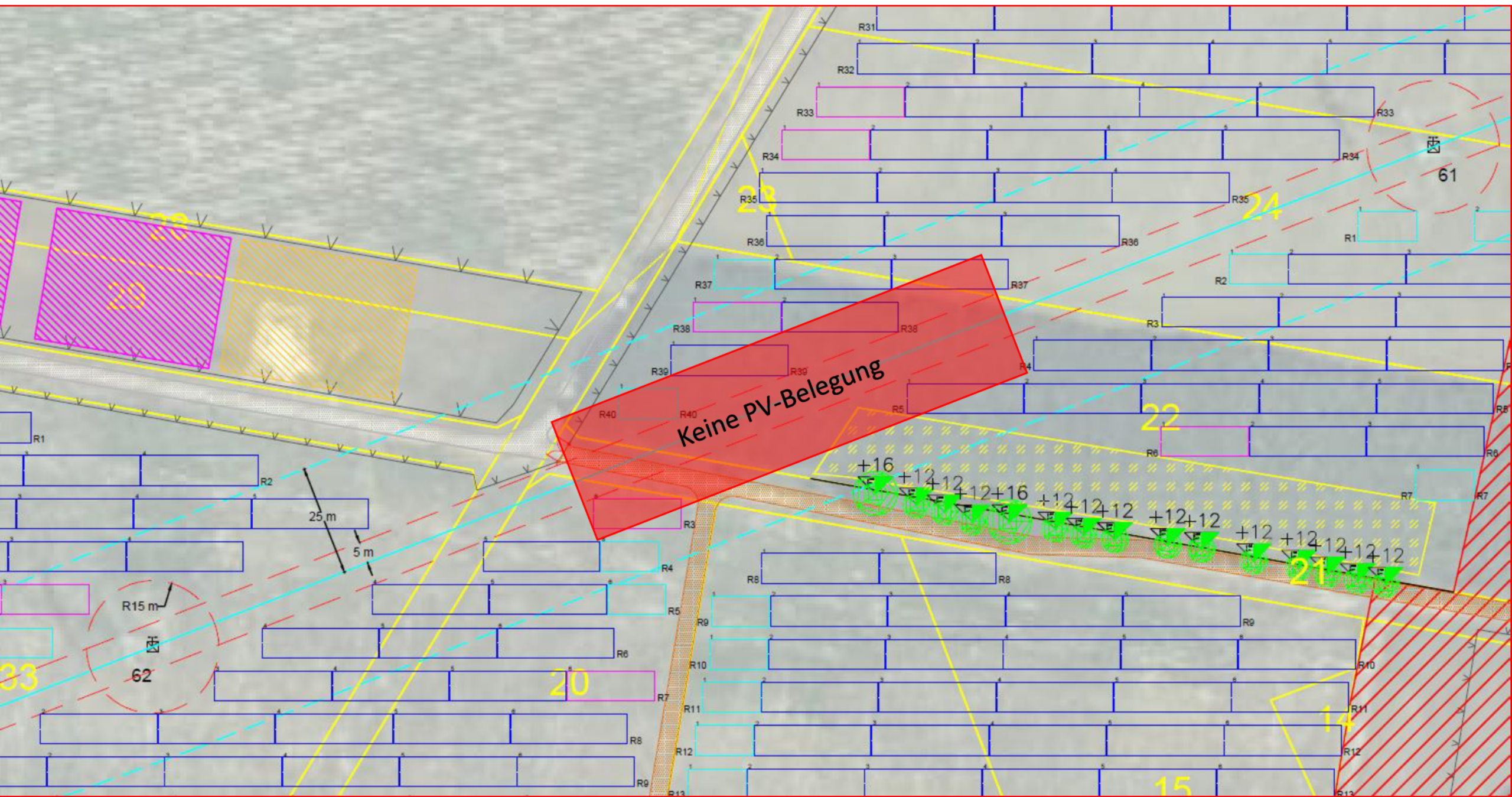


Anlage(n)

1 Zeichenerklärung

Bestandspläne Blatt 1 bis 6





+++ Achtung, wir haben eine neue Postanschrift! +++



Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH • PF 15 60 54 03060 • Cottbus

Standort Kolkwitz

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht: vom 25.03.2024
Unser Zeichen: V103084/24 VS-O-B-G
Unsere Nachricht: vom

Plan und Recht
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Name: [REDACTED]
Telefon: 0355-68 [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@mitnetz-strom.de

Kolkwitz, 17.04.2024

Bebauungsplan Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorhandene aktuelle Leitungsbestand liegt Ihnen als Bestandsunterlage der envia Mitteldeutsche Energie AG bereits vor.

Zu dem uns vorliegenden Entwurf gilt auch nach unserem heutigen Kenntnisstand weiterhin unsere Stellungnahme V103084/23 VS-O-B-G vom 22.06.2023.

Wir bitten um Berichtigung der Begründung (Entwurf, Stand: März 2024) zu o.g. Bebauungsplan. Grund hierfür ist:

Auf Seite 19, Punkt 6.5 Ver- und Entsorgungsanlagen, der Begründung steht geschrieben, dass eine Unterbauung der Freileitung grundsätzlich möglich sei. Dies stimmt allerdings nicht mit dem Inhalt unserer Stellungnahme vom 22.06.2023 überein. Auf Seite 3 der Stellungnahme steht, dass einer Unterbauung der 110-kV-Freileitung auf Grund der niedrigen Leiterseilhöhe nicht zugestimmt werden kann. Jedoch würden wir nach Zusendung detaillierter Planungsunterlagen eine mögliche Unterbauung nochmals prüfen.

Nach erneuten internen Rücksprachen und Absprachen mit dem Planungsunternehmen können wir nun jedoch einer Unterbauung unserer 110-kV-Freileitung mit Solarmodulen zustimmen. Dennoch darf der Bereich zwischen den Masten 61 und 62 nicht bebaut werden. (siehe Anhang, rot markierter Bereich)

Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH

Postanschrift: PF 15 60 54 • 03060 Cottbus • Geschäftsanschrift: Industriestraße 10 • 06184 Kabelsketal
T +49 345 216-0 • F +49 345 216-2311 • info@mitnetz-strom.de • www.mitnetz-strom.de • Vorsitzender des Aufsichtsrates
Dr. Stephan Lowis • Geschäftsführung: Dirk Sattur • Christine Janssen • Sitz der Gesellschaft: Halle (Saale)
Registergericht: Amtsgericht Stendal • HRB 215080 • Bankverbindung: Deutsche Bank AG Chemnitz • BIC: DEUTDE33XXX
IBAN: DE29 8707 0000 0120 1664 00 • USt-ID-Nr.: DE814181768



Ein Unternehmen der



V103084/24 VS-O-B-G vom 17.04.2024

Außerdem können wir der Unterbauung nur unter nachfolgenden Prämissen zustimmen:

- Maststandorte müssen im Umkreis von 30,00 m von einer Bebauung freigehalten werden.
- Einen 10,00 m breiten Streifen (jeweils 5,00 m von der Leitungsachse zu beiden Seiten) muss für die Befahrung freigehalten werden.
- Die Zufahrtstore zum Solarpark müssen eine Breite von mind. 4,00 m vorweisen. Diese sind damit auch zur Befahrung der Leitungstrasse vorgesehen.
- Die Oberkante der Modultische darf eine Höhe von 3,50 nicht überschreiten.
- Zur Einfriedung der Fläche des Solarparks ist ein Metallzaun mit ca. 2,00 m Höhe vorgesehen. Sollte diese Höhe überschritten werden, bitten wir um erneute Mitteilung.

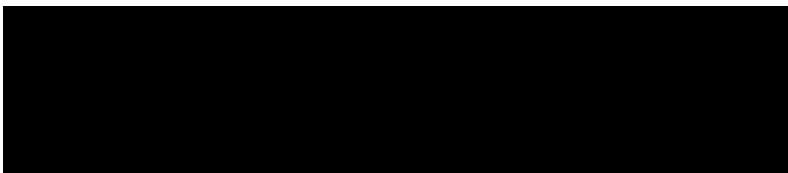
Für Rücksprachen zur 110-kV-Freileitung steht Ihnen Herr Tobias Karsch, Realisierung HS (E-Mail: Tobias.Karsch@mitnetz-strom.de, Tel.: +493536547438) zur Verfügung.

Fragen, Hinweise und Widersprüche zu dieser Stellungnahme senden Sie bitte grundsätzlich an folgende Anschrift: Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Annahof Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz, vorzugsweise an das Postfach TOEB-Brandenburg@mitnetz-strom.de.

Dieses Schreiben hat eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH



Stellungnahme vom 22.06.2023

Modulbelegungsplan mit Bereich der Aussparung

+++ Achtung, wir haben eine neue Postanschrift! +++



Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH • PF 15 60 54 03060 • Cottbus

Standort Kolkwitz

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht: vom 25.03.2024
Unser Zeichen: V103084/24 VS-O-B-G
Unsere Nachricht: vom

Plan und Recht
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Name: [REDACTED]
Telefon: 0355-68 [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@mitnetz-strom.de

Kolkwitz, 17.04.2024

Bebauungsplan Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorhandene aktuelle Leitungsbestand liegt Ihnen als Bestandsunterlage der envia Mitteldeutsche Energie AG bereits vor.

Zu dem uns vorliegenden Entwurf gilt auch nach unserem heutigen Kenntnisstand weiterhin unsere Stellungnahme V103084/23 VS-O-B-G vom 22.06.2023.

Wir bitten um Berichtigung der Begründung (Entwurf, Stand: März 2024) zu o.g. Bebauungsplan. Grund hierfür ist:

Auf Seite 19, Punkt 6.5 Ver- und Entsorgungsanlagen, der Begründung steht geschrieben, dass eine Unterbauung der Freileitung grundsätzlich möglich sei. Dies stimmt allerdings nicht mit dem Inhalt unserer Stellungnahme vom 22.06.2023 überein. Auf Seite 3 der Stellungnahme steht, dass einer Unterbauung der 110-kV-Freileitung auf Grund der niedrigen Leiterseilhöhe nicht zugestimmt werden kann. Jedoch würden wir nach Zusendung detaillierter Planungsunterlagen eine mögliche Unterbauung nochmals prüfen.

Nach erneuten internen Rücksprachen und Absprachen mit dem Planungsunternehmen können wir nun jedoch einer Unterbauung unserer 110-kV-Freileitung mit Solarmodulen zustimmen. Dennoch darf der Bereich zwischen den Masten 61 und 62 nicht bebaut werden. (siehe Anhang, rot markierter Bereich)

Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH

Postanschrift: PF 15 60 54 • 03060 Cottbus • Geschäftsanschrift: Industriestraße 10 • 06184 Kabelsketal
T +49 345 216-0 • F +49 345 216-2311 • info@mitnetz-strom.de • www.mitnetz-strom.de • Vorsitzender des Aufsichtsrates
Dr. Stephan Lowis • Geschäftsführung: Dirk Sattur • Christine Janssen • Sitz der Gesellschaft: Halle (Saale)
Registergericht: Amtsgericht Stendal • HRB 215080 • Bankverbindung: Deutsche Bank AG Chemnitz • BIC DEUTDE33XXX
IBAN DE29 8707 0000 0120 1664 00 • USt-ID-Nr. DE814181768



Ein Unternehmen der



V103084/24 VS-O-B-G vom 17.04.2024

Außerdem können wir der Unterbauung nur unter nachfolgenden Prämissen zustimmen:

- Maststandorte müssen im Umkreis von 30,00 m von einer Bebauung freigehalten werden.
- Einen 10,00 m breiten Streifen (jeweils 5,00 m von der Leitungsachse zu beiden Seiten) muss für die Befahrung freigehalten werden.
- Die Zufahrtstore zum Solarpark müssen eine Breite von mind. 4,00 m vorweisen. Diese sind damit auch zur Befahrung der Leitungstrasse vorgesehen.
- Die Oberkante der Modultische darf eine Höhe von 3,50 nicht überschreiten.
- Zur Einfriedung der Fläche des Solarparks ist ein Metallzaun mit ca. 2,00 m Höhe vorgesehen. Sollte diese Höhe überschritten werden, bitten wir um erneute Mitteilung.

Für Rücksprachen zur 110-kV-Freileitung steht Ihnen Herr Tobias Karsch, Realisierung HS (E-Mail: Tobias.Karsch@mitnetz-strom.de, Tel.: +493536547438) zur Verfügung.

Fragen, Hinweise und Widersprüche zu dieser Stellungnahme senden Sie bitte grundsätzlich an folgende Anschrift: Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Annahofen Graben 1-3 in 03099 Kolkwitz, vorzugsweise an das Postfach TOEB-Brandenburg@mitnetz-strom.de.

Dieses Schreiben hat eine Gültigkeitsdauer von 2 Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

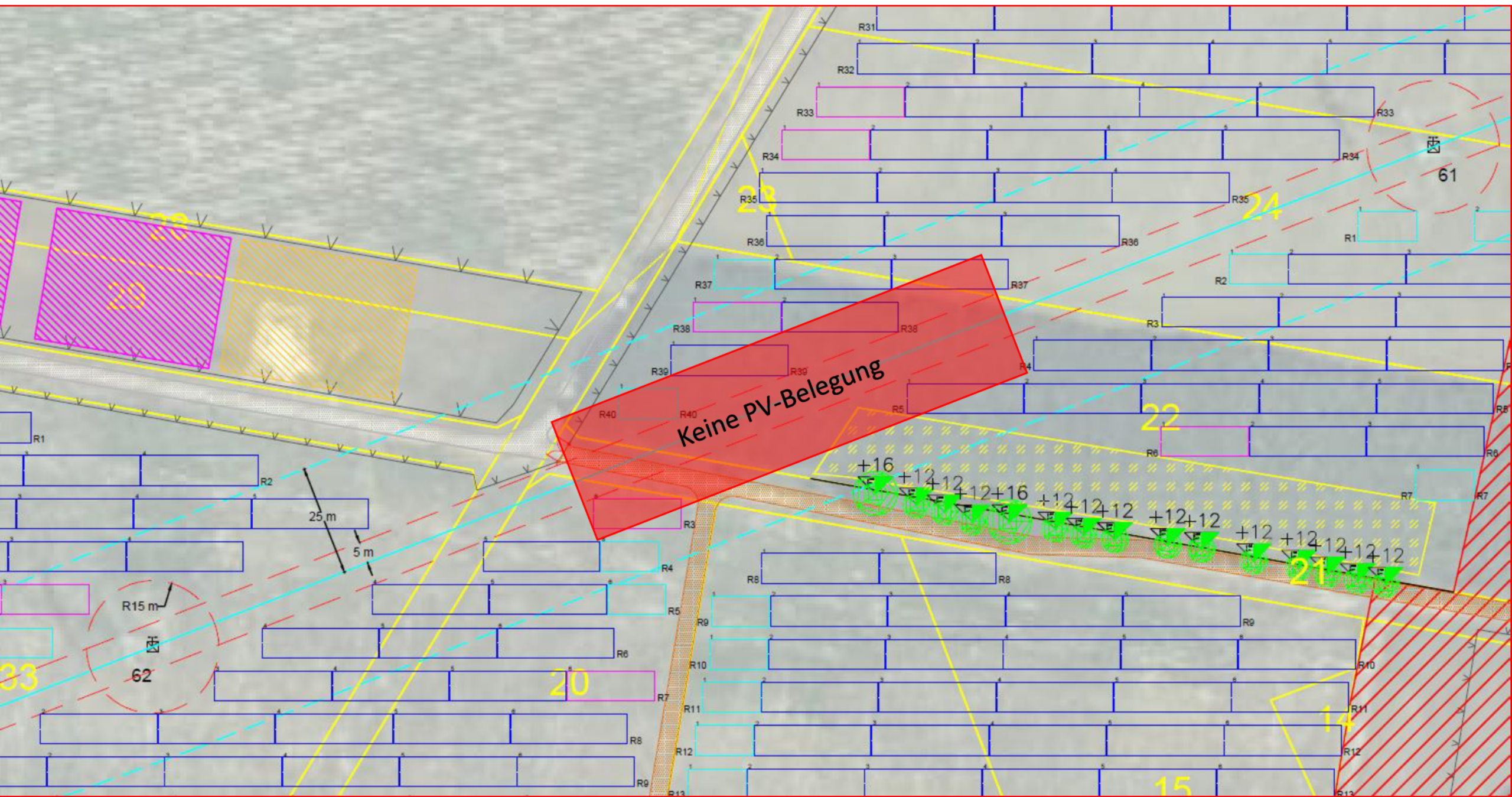
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH

Anlage(n)

Stellungnahme vom 22.06.2023

Modulbelegungsplan mit Bereich der Aussparung





Plan und Recht GmbH

Von: [REDACTED] [REDACTED]@danpower.de>
Gesendet: Dienstag, 26. März 2024 09:06
An: beteiligung@planundrecht.de
Betreff: WG: Gemeinde Röderland - Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf" und 2. Änderung des Flächennutzungsplans
Anlagen: 240325_Anschreiben.pdf

Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Anfrage haben wir geprüft. Es befinden sich keine Wärmeversorgungsleitungen und Datenkabel der Danpower Gruppe im gekennzeichneten Bereich.

Rufen Sie gerne an, wenn Sie Fragen dazu haben.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

EKT Energie und Kommunal-Technologie GmbH
Betriebsstelle Großenhain
Am Bobersberg 12
01558 Großenhain

Telefon: [REDACTED]
Mail: [REDACTED]@danpower.de
Web: www.danpower.de

Geschäftsführung:

[REDACTED]

Amtsgericht Potsdam
HRB 20706 P
USt-IdNr.: DE260486756



Von: beteiligung@planundrecht.de <beteiligung@planundrecht.de>

Gesendet: Montag, 25. März 2024 11:54

An: [REDACTED]

[REDACTED]

Betreff: Gemeinde Röderland - Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf" und 2. Änderung des Flächennutzungsplans

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Beachtung des als Anlage angefügten Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Plan und Recht GmbH

Bauleitplanung

Entwicklungsplanung

Regionalplanung

Oderberger Straße 40

10435 Berlin

Tel. 030 / 440 24 555

Fax 030 / 440 24 554

info@planundrecht.de

Geschäftsführer

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Diese E-Mail ist nur für den benannten Empfänger bestimmt und kann vertrauliche und/oder privilegierte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der bestimmungsgemäße Empfänger sind, unterrichten Sie bitte den Absender. Bitte lesen, kopieren, nutzen oder offenbaren Sie keine der enthaltenen Informationen und löschen die E-Mail auf dem/den Computer(n) oder anderen Geräten, auf dem oder denen Sie sie empfangen haben.

This e-mail is intended only to the person or entity to which it is addressed and may be confidential and/or privileged. If you are not the intended recipient, please notify the sender and do not read, use, copy or disclose any information contained to others and delete it from the computer(s) or other equipment, on which you received it.


Hinweise zu unseren Datenschutzgrundsätzen finden Sie hier:


<http://www.planundrecht.de/?site=impressum>


Gemeinsame Landesplanungsabteilung | Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 | 14467 Potsdam


Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

Gemeinde Röderland
Fachbereich I
Am Markt 1
04932 Röderland

Bearb.: 
Gesch.-Z.: GL5.15-46145-008 0409/2023
(VBP); 0508/2017 (FNP)

Tel.: 0335 / 60676 

Fax: 0335 / 60676 

@gl.berlin-brandenburg.de

Per E-Mail an: info@gemeinde-roederland.de

Frankfurt (Oder), 05.04.2024

Planung/Vorhaben: Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VBP) „Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf“; Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Röderland - parallele Änderung
Planentwürfe vom März 2024 (Plan und Recht GmbH, Berlin)

Gemeinde / Ortsteil: Röderland / Wainsdorf
Kreis: Elbe-Elster
Region: Lausitz-Spreewald

Anfrage vom:
25.03.2024

Eingang am:
25.03.2024

Ihr Zeichen/Reg-Nr.:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem o. g. VBP und der Änderung des FNP geben wir folgende Stellungnahme ab:

<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/>

Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 des Landesplanungsvertrages

Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:

<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>

Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen

Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung

Anpassung an Ziele der Raumordnung nur unter u. g. Voraussetzungen möglich

Erläuterungen

Wir verweisen auf unsere Stellungnahme zur Zielfrage vom 06.06.2023.

Die der Gesamtfläche untergeordnete Erweiterung des Plangebietes bzw. des Sondergebietes/ der Sonderbaufläche hat keine Auswirkungen auf die landesplanerische Bewertung.

Dienstsitze

AL/SAL/GL 1, 2, 3, 5, 6 14467 Potsdam
GL 4 03046 Cottbus
GL 5 15236 Frankfurt (Oder)

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
Gulbener Straße 24
Müllroser Chaussee 54

Telefon

0331-866-8701
0355-494924-51
0335-60676-9932

Fax

0331-866-8703
0355-494924-99
0335-60676-9940

ÖPNV

Tram 92, 93, 96, Bus 606
Bus 16
Tram 3, 4, Bus 981

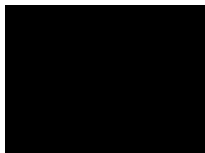
Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung des Vorhabens

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)
- Regionalplan Lausitz-Spreewald - Sachlicher Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ (TRP II) vom 17.11.1997 (Amtlicher Anzeiger Nr. 33)

Hinweise

- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten, **Beteiligungen** gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung / Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren** nur **in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf>

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Plan und Recht
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Außenstelle Cottbus

Bearb.: [REDACTED]
Gesch-Z.: 2412-34207/2024 [REDACTED]
Telefon: 03342 / 4266 [REDACTED]
Fax: 03342 / 4266 [REDACTED]
Internet: <https://lbv.brandenburg.de>
E-Mail: LBV-TOEB@LBV.brandenburg.de

Cottbus, 08.04.2024

Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ der Gemeinde Röderland OT Wainsdorf

Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Ihre Nachricht vom 25. März 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren“ (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15. Juli 2015, S. 575) geprüft.

Die gegenüber dem Vorentwurf (Stand Mai 2023) zwischenzeitlich in die Planungsunterlagen eingearbeiteten Änderungen habe ich zur Kenntnis genommen.

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplans, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage geschaffen werden sollen, bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes weiterhin keine Einwände.

Eine Berührung von Belangen der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV erfolgt durch die Änderungen nicht.

Außenstelle Cottbus • Gulbener Straße 24 • 03046 Cottbus • Tel.: 03342 4266-7102 • Fax: 03342 4266-7608
Öffentliche Verkehrsmittel: Straßenbahnlinie 2 und 4 bis Stadthalle oder Buslinie 16 bis Papitzer Straße

Landesamt für Bauen und Verkehr • Lindenallee 51 • 15366 Hoppegarten • Tel.: 03342 4266-0 • Fax: 03342 4266-7601

E-Rechnung: <https://xrechnung-bdr.de>; Leitweg-ID: 12-121096894453782-21
Bankverbindung: Landeshauptkasse Potsdam • Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)
IBAN: DE02 3005 0000 7110 4015 15 • BIC-Swift: WELADEDXXX

Die Ergebnisse des Blendgutachtens der SolPEG GmbH vom 14.08.2023, wonach die theoretisch berechneten Reflexionen in der Praxis keine Blendwirkungen für den Straßen- bzw. Bahnverkehr entwickeln werden, habe ich zur Kenntnis genommen.

Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

■■■■■■■■■■



LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb Straßenwesen | Von-Schön-Straße 11

| 03050 Cottbus

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

beteiligung@planundrecht.de



Landesbetrieb
Straßenwesen

Dezernat Planung Süd

Dienststätte Cottbus

Von-Schön-Straße 11

03050 Cottbus

Bearb.: [REDACTED]

Gesch.-Z.: 421.12

Hausruf: 03342/249-[REDACTED]

Fax: 0331/275 486 [REDACTED]

Internet: www.ls.brandenburg.de

[REDACTED]@ls.brandenburg.de

Autobahn A 15 AS Cottbus-West
Cottbus Hbf. Tram Linie 3

Cottbus, 18.04.2024

Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ und parallele Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Röderland

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach §4 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß §2 Abs. 2 BauGB
(Entwurf, Stand März 2024)

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der zur Verfügung gestellten Unterlagen zum Entwurf des o. gen. B-Plans ergeht seitens des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg (LS) folgende Stellungnahme:

Das Plangebiet liegt nordwestlich hinter dem Ortsteil Wainsdorf in Richtung Gröditz und nördlich der Landesstraße L 59.

Die Erschließung ist durch eine externe, von der L 59 abgehenden Zuwegung im südöstlichen Bereich des Plangebiets geplant. Die bestehenden Alleebäume sollten dabei berücksichtigt und geschützt werden.

Entsprechend der gesetzlichen Regelungen des § 24 Abs. 1 BbgStrG dürfen Hochbauten jeder Art an Landesstraßen in einer Entfernung von bis zu 20 m außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt, jeweils gemessen vom äußersten Rand der befestigten Fahrbahn, nicht errichtet werden (Bedingung wird erfüllt).

Eine Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs in Form von jeglicher Blend- und Flimmerwirkung der Solarmodule muss ausgeschlossen sein (Blendgutachten liegt vor).

Für die bauliche Herstellung der Anlage ist ein Antrag auf Sondernutzung für die Zufahrt an der L 59 beim Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg zu stellen.



Der LS muss über die genaue Lage der Zufahrt im weiteren Planungsprozess unterrichtet und erneut beteiligt werden.

Zufahrten zu Landesstraßen außerhalb von Ortsdurchfahrten gelten gem. § 22 in Verbindung mit § 18 Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG) als Sondernutzung, wenn sie neu angelegt oder geändert werden sollen. Eine Änderung liegt auch vor, wenn Zufahrten gegenüber dem bisherigen Zustand einem erheblich größeren oder einem andersartigen Verkehr als bisher dienen sollen.

Die Sondernutzung ist im Dezernat Straßenrechtsangelegenheiten und Straßenverwaltung - Sachgebiet Straßenverwaltung Süd des LS, z. Hd. Frau Busse, zu beantragen.

Die Beteiligung der DB Netz AG, Region Südost, ist zwingend erforderlich! Diese plant die Änderung der EÜ Wainsdorf südöstlich des B-Plangebietes. Bei der Errichtung der Photovoltaikanlage ist zu beachten, dass die maximale Durchfahrtshöhe unter der Eisenbahnüberführung Wainsdorf derzeit 3,30 m beträgt.

Aus naturschutzfachlicher und planerischer Sicht bestehen seitens des LS - unter Berücksichtigung der genannten Hinweise - gegen die Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes sowie die Änderung des Flächennutzungsplanes keine Einwände.

Freundliche Grüße

Im Auftrag



wurfs- und Erhaltungsplanung Süd I



LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Wünsdorfer Platz 4-5 | D-15806 Zossen

Plan und Recht GmbH

Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Bodendenkmalpflege /
Archäologisches Landesmuseum

Wünsdorfer Platz 4-5
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)
Internet: www.bldam-brandenburg.de

Dezernat Bodendenkmalpflege
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /
Braunkohle
Bearbeiterin: [REDACTED]
Telefon: 03 37 02 / 211 14 [REDACTED]
Durchwahl: 03 37 02 / 211 15 [REDACTED]
Telefax: 03 37 02 / 211 15 [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@bldam.brandenburg.de

Wünsdorf, den 22. April 2024

Ihr Zeichen
E-Mail

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)
GV 2024:166

Entwurf Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – Ortsteil Wainsdorf“ und Entwurf 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland

Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabenbereich

Sehr geehrter [REDACTED]

im Bereich des o. g. Vorhabens sind **derzeit** keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.

Ungeachtet dessen können im Zuge von Erdarbeiten aller Art noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. In diesen Fällen gilt BbgDSchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) **unverzüglich** der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum **anzuzeigen** sind. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind **bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten**, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>). Die/der Veranlasser/in des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (BbgDSchG § 7 <3>).

Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die/den Vorhaberträger/in die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Vorhabenbereich durchführen zu lassen (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25 m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Wünsdorfer Platz 4-5 · D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06 · Telefax: 03 37 02 / 211 15 01

Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 erlaubnispflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:

Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de

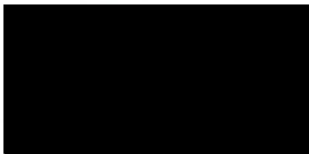
Hinweise:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Referatsleiter Referat Großvorhaben / Sonderprojekte / Braunkohle

Kopie an - Lkr. Elbe-Elster / Untere Denkmalschutzbehörde



LAND BRANDENBURG

**Landesbetrieb
Forst Brandenburg**
- untere Forstbehörde -

Landesbetrieb Forst Brandenburg | Forstamt Elbe-Elster | Lindenaer Str. 5 b | 03253 Doberlug-Kirchhain

Forstamt Elbe-Elster

Plan und Recht
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Nur per E-Mail an: beteiligung@planundrecht.de

Bearb.: [REDACTED]
Gesch.Z.: LFB_SEDK_Obf-HL-
3600/248+25 [REDACTED]
Hausruf: +49 3533 [REDACTED]
Fax: +49 3533 [REDACTED]
FoA.Elbe-Elster@lfb.brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.forstwirtschaft-in-deutschland.de

Doberlug-Kirchhain, 03.04.2024

Aufstellung des vorhabenbezogene Bebauungsplans " Photovoltaik-Freiflächenanlage- OT Wainsdorf" und parallele Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Röderland

Sehr geehrte Damen und Herren,

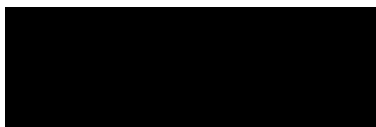
die Beteiligungsunterlagen wurden durchgesehen.

Mit dem Vorhaben ist Wald im Sinne des § 2 Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) nicht betroffen.

Forstliche Belange werden nicht berührt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dieses Dokument wurde am 03.04.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Bearb.: [REDACTED]
Gesch.-Z. [REDACTED] :LFU-TOEB-
3700/502+13# [REDACTED]
Hausruf: +49 355 4991-[REDACTED]
Fax: +49 331 27548-[REDACTED]
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 15.04.2024

**vorhabenbezogener Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage — OT
Wainsdorf der Gemeinde Röderland**
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 25.03.2024
- Begründung mit Umweltbericht, 03/2024
- Artenschutzfachbeitrag
- Blendgutachten
- Planzeichnung, 29.02.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an.

Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Elbe-Elster.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 15.04.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	vorhabenbezogener Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage — OT Wainsdorf der Gemeinde Röderland
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	<div style="background-color: black; width: 100px; height: 1.2em; margin-bottom: 2px;"></div> Referat T 25 0355 4991- <div style="background-color: black; width: 40px; height: 1.2em; display: inline-block;"></div> TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Fachliche Stellungnahme	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<u>Rechtsgrundlagen:</u> <i>Gemäß § 50 Satz 1 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine</i>	

bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikel 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, soweit wie möglich vermieden werden.

Stellungnahme:

Die überarbeiteten und ergänzten Planunterlagen zur Schaffung von Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage westlich des Ortsteiles Wainsdorf der Gemeinde Röderland wurden erneut hinsichtlich der Übereinstimmung mit den Erfordernissen des vorbeugenden Immissionsschutzes geprüft. Danach bestehen ausgehend von Standortlage außerhalb der Siedlungsbebauung, dem Nutzungsbestand im Nahbereich sowie der Art der geplanten Bauflächennutzung (Sondergebiet Photovoltaik) weiterhin keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Ansiedlungsvorhaben.

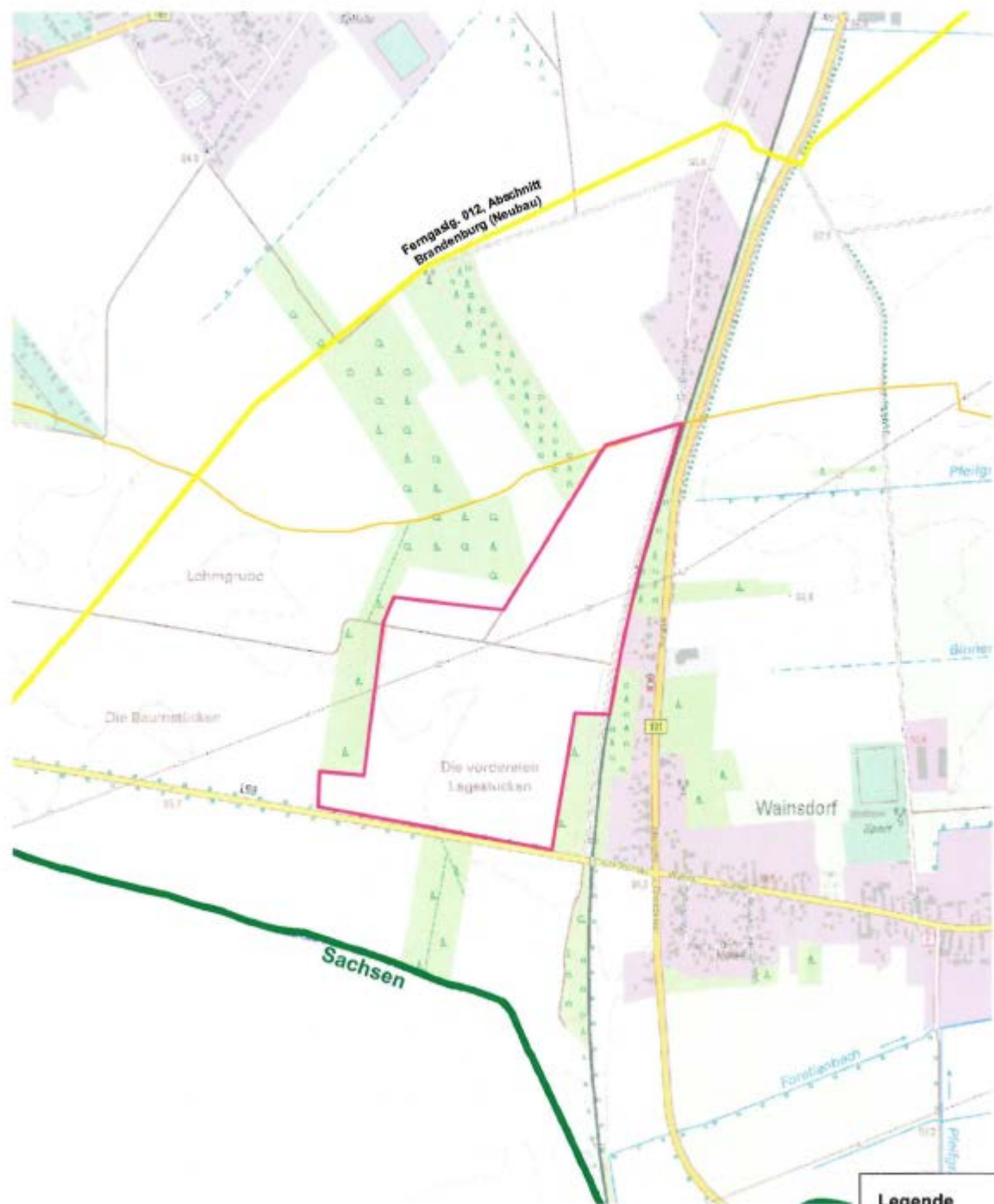
Hinsichtlich der aus immissionsschutzfachlicher Sicht zu beachtenden Umweltwirkungen sollte der vorliegende Umweltbericht vom März 2024 bei den Betrachtungen der *Umweltwirkungen und Erheblichkeiten* zum Schutzgut Mensch (Kapitel 5.6) zumindest um die in der Planbegründung enthaltenen Aussagen zu potentiellen Blendwirkungen und die wesentlichen Ergebnisse des von der SolPEG GmbH Hamburg erstellten Fachgutachtens ergänzt werden.

Die angesprochenen Fachgutachten zu Lärmimmissionen und zum Brand- und Katastrophenschutz werden im Rahmen einer vorhabenbezogenen Bebauungsplanung ebenfalls als Bestandteil der Planung für das im SO 2 geplante Umspannwerk einschließlich Batteriespeicher angesehen. Hierzu sollten Aussagen zum worst case fall unter Bezugnahme auf die nächstgelegene Wohnnutzung erfolgen.

Die Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlage ihre Gültigkeit.

Dieses Dokument wurde am 15.04.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Aufstellung des Bebauungsplanes "Photovoltaik-Freiflächenanlage" OT Wainsdorf, Gemeinde Röderland
74.21.42-27-729



Maßstab: 1:10.000

Stand: April 2024

Legende

Gas

Strom

Wärme



LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus

Inselstraße 26
03046 Cottbus

Plan und Recht GmbH
Bauleitplanung, Entwicklungsplanung,
Regionalplanung
Oderbergerstraße 40
10435 Berlin

Bearb.: [REDACTED]
Gesch.-Z.: 74.21.42 [REDACTED]
Telefon: 0355 / 48 640 - [REDACTED]
Telefax: 0355 / 48 640 - 110
E-Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 17. April 2024

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

A Allgemeine Angaben

Aufstellung des Bebauungsplans Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf, Gemeinde Röderland

Ihr Schreiben vom 25. März 2024 – [REDACTED]

Anhörungsfrist: 25. April 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung wie folgt:

B Stellungnahme

1. **Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:**

Keine.

2. **Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:**

Keine.

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam
Konto-Nr.: 7 110 401 747
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE43 3005 0000 7110 4017 47
BIC-Swift: WELADEDXXX

3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:

Planfeststellung Energieleitungen:

Seitens des LBGR besteht bezüglich des o. g. Bebauungsplanes keine direkte Zuständigkeit.

Der Bebauungsplan grenzt u. a. unmittelbar an folgende Erdgasfernleitung:

Neuverlegung der Ferngasleitung FGL 012 - Teilabschnitt Brandenburg
Vorhabenträgerin: ONTRAS Gastransport GmbH
Planfeststellungsbeschluss vom 23.08.2023

Der Planfeststellungsbeschluss ist entsprechend zu beachten (Übersichtskarte, Anlage).

Zudem kreuzt eine 110-kV-Freileitung der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH das Plangebiet. Es hat daher im Verfahren eine Beteiligung der o.g. Vorhabenträgerinnen bzw. Betreiberinnen zu erfolgen.

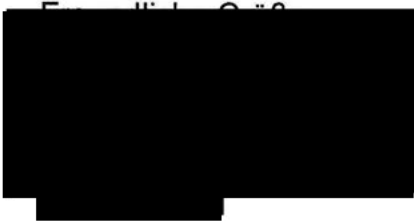
Bei dem Bebauungsplan ist insbesondere der entsprechende Schutzstreifen der jeweiligen Energieleitung zu beachten. Hieraus ergeben sich einzuhaltende Mindestabstände oder eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten. Im Bereich von Freileitungen sind dabei die Grenzwerte der 26. BImSchV einzuhalten und bei der Errichtung baulicher Anlagen bestimmte Abstände nach den einschlägigen VDE-Bestimmungen – Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. – (DIN VDE 0210 Teil 1) zu beachten. Die Beachtung des Schutzstreifens und der daraus resultierenden einzuhaltenden Mindestabstände oder eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten gilt auch für betroffene Erdgasleitungen.

Hinsichtlich der weiteren Fremdleitungen in der Umgebung des Vorhabens sind die Fremdleitungsbetreiber zu beteiligen. Sollten aufgrund des Vorhabens Änderungen an Fremdleitungen notwendig sein, ist hierfür das LBGR insbesondere bei Gasversorgungsleitungen mit einem Durchmesser größer 300 mm sowie bei Hoch- und Höchstspannungsfreileitungen ab einer Nennspannung von 110 kV zuständig.

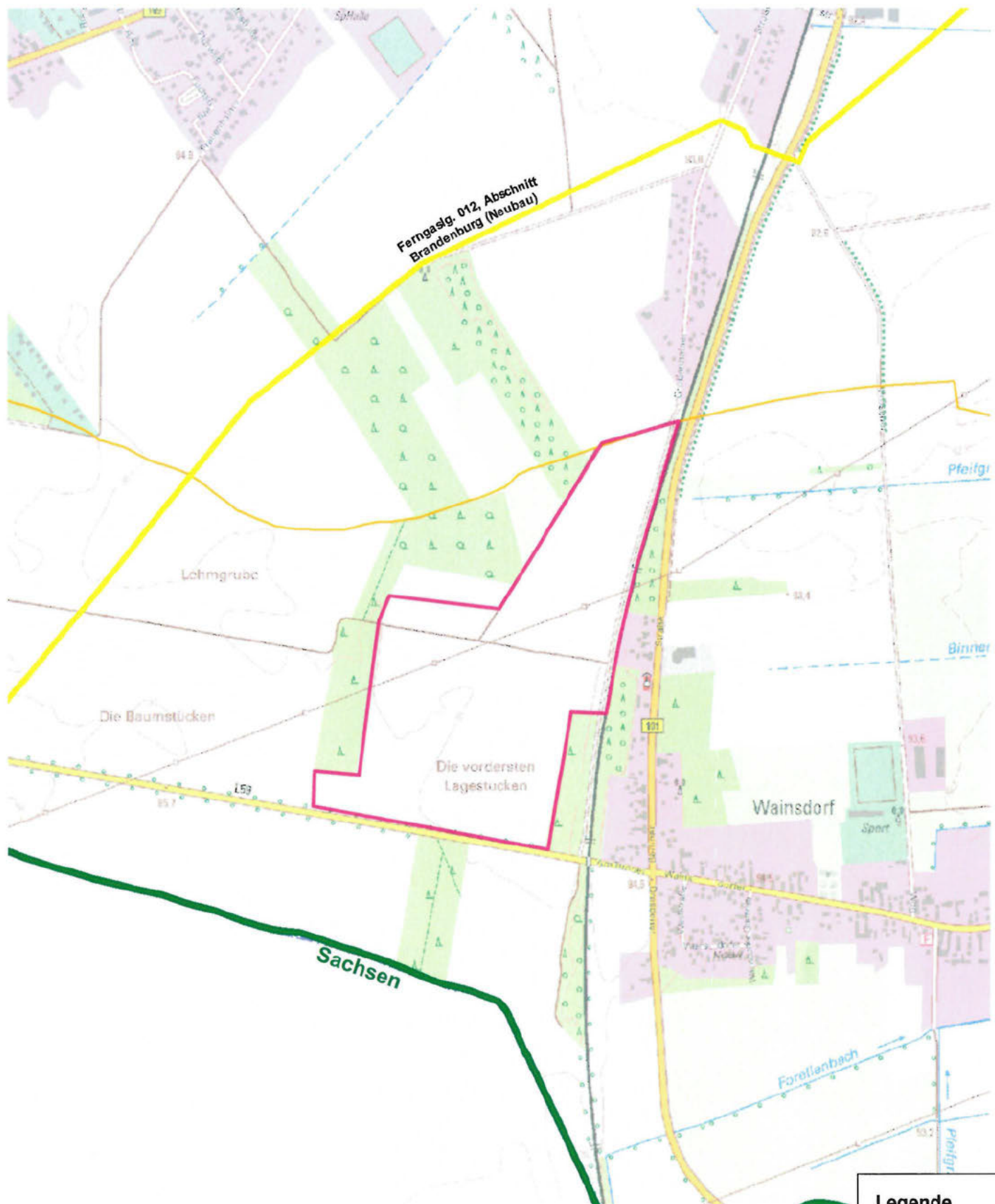
Geologie:

Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).



Anlagen: Übersichtskarte LBGR



Von: PDSued [REDACTED] [REDACTED]@polizei.brandenburg.de>
Gesendet: Montag, 15. April 2024 13:21
An: info@planundrecht.de
Betreff: Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf

Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Sehr geehrte Damen und Herren,

das o.g. Bauvorhaben ist zur Anhörung Träger öffentlicher Belange bei der PD Süd eingegangen.
Aus verkehrsorganisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Mögliche Bauvorhaben auf in der Nähe befindlicher Grundstücke sind zu berücksichtigen.

Für die Anbindung an die Landesstraße ist die Genehmigung des Landesbetriebes für Straßenwesen einzuholen.
Die Anbindung sollte den Charakter einer Grundstückszufahrt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[REDACTED]
PHK'in
PD Süd, Stab 1.3
Juri-Gagarin-Straße 16
03046 Cottbus
T.: 0355/4937/[REDACTED] (intern: 07-340-[REDACTED])

Email: stab1verkehr.pdsued@polizei.brandenburg.de

Aufgrund von Sicherheitslücken in veralteten MS Office-Formaten wird gebeten, E-Mail-Anlagen in Formaten ab Office 2010 (*.docx, .xlsx etc.) aufwärts zu übersenden. Office-Dokumente, wie beispielsweise *.doc oder *.xls werden nicht mehr entgegen genommen.

Landkreis Elbe-Elster | Postfach 17 | 04912 Herzberg (Elster)

Plan und Recht

██████████
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

per E-Mail: beteiligung@planundrecht.de

Bereich

Amt für Strukturentwicklung und Kultur

SG Kreisentwicklung

Unsere Zeichen

61 08 02 410/ 073-2024

Ihre Zeichen

Straße, Haus-Nr., Ort

Ludwig-Jahn-Str. 2, 04916 Herzberg

Ansprechpartner/in

██████████

Telefon, Fax

03535 46-2674 / 03535 46-9111

E-Mail

toeb@lkee.de

Datum

22. April 2024

Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ und parallele Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland“

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

Beteiligung des Landkreises Elbe-Elster als Träger öffentlicher Belange

Stellungnahme

Sehr geehrter ██████████,

mit E-Mail vom 25. März 2024 verwiesen Sie auf zum Download bereitstehende Unterlagen zu dem o. g. Vorhaben und bitten den Landkreis Elbe-Elster um Stellungnahme bis zum 25. April 2024
Sie erläutern:

Im Ortsteil Wainsdorf der Gemeinde Röderland sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage geschaffen werden. Dazu hat die Gemeinde Röderland den Beschluss gefasst, den Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ aufzustellen und den Flächennutzungsplan der Gemeinde Röderland parallel zu ändern. Beide Planverfahren werden im Regelverfahren mit Umweltprüfung durchgeführt.

Der Entwurf des Bebauungsplans einschließlich dazugehöriger Begründung und Umweltbericht sowie der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung einschließlich der Begründung und Umweltbericht stehen Ihnen unter <https://www.planundrecht.de/?site=download> zum Download bereit.

Bitte nehmen Sie innerhalb eines Monats, spätestens aber bis zum 25.04.2024 zu den Planunterlagen Stellung. Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an unsere E-Mail-Adresse beteiligung@planundrecht.de. Die Veröffentlichung des Entwurfs gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgt im April; darüber werden Sie noch einmal gesondert informiert.

Der Landkreis Elbe-Elster als Träger öffentlicher Belange bezog folgende Fachbereiche in die Erarbeitung seiner Stellungnahme ein:

1. untere Denkmalschutzbehörde
2. untere Bauaufsichtsbehörde
3. Gesundheitsamt
4. Straßenverkehrsamt
5. untere Naturschutzbehörde
6. untere Wasserbehörde
7. untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde
8. Sachgebiet Landwirtschaft im Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft
9. Kataster- und Vermessungsamt
10. Brandschutzdienststelle im Ordnungsamt
11. Bereich Straßenbenutzung im Immobilienmanagement (Kreisstraßen)

Die Fachbereiche der Kreisverwaltung des Landkreises Elbe-Elster äußern sich wie folgt:

Die **untere Denkmalschutzbehörde** (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt den Hinweis:

Zu o. g. Planung sind nachfolgende Träger öffentlicher Belange direkt vom Einreicher zu beteiligen, falls das nicht schon geschehen ist:

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege
und Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Praktische Denkmalpflege
Wünsdorfer Platz 4/5
15806 Zossen / OT Wünsdorf

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege
und Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Bodendenkmalpflege
Außenstelle Cottbus
Juri-Gagarin-Str. 17
03046 Cottbus

Die **untere Bauaufsichtsbehörde** (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt folgende Stellungnahme ab:

I.
zum Flächennutzungsplan:

Zu den vorgelegten Unterlagen der Flächennutzungsplanänderung werden keine Bedenken vorgetragen, sofern die abwägungsrelevanten Belange der Bahn ausreichend gewürdigt werden. Wie in der Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf (Fassung: Februar 2024) eingehend vorgetragen, wird nicht nur die geplante Sonderbaufläche 1.4 vom Planfeststellungsbeschluss „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe; Strecke 6135: Berlin - Elsterwerda, Strecke 6248: Dresden - Elsterwerda; Planfeststellungsabschnitt 3.1; Str. 6135 km 122,1+49 - km 124,5+63, Str. 6248 km 50,3+60 - km 46,9+40“ (vgl. Schreiben mit Planunterlagen vom 17.01.2024 zum Anhörungsverfahren für eine Entscheidung nach §18 AEG) erfasst,

sondern auch der überwiegende Teil der geplanten Sonderbaufläche 1.3 (nordwestlicher Bereich der vorliegenden Sonderbaufläche)! Eine nachrichtliche Übernahme der Flächen gemäß des o.g. Planfeststellungsbeschlusses (§ 5 Abs. 4 BauGB) und ggf. auch die beabsichtigte Gliederung der Sonderbauflächen könnte mit Blick auf den kurzfristigen Zeithorizont der Baumaßnahme (bis 2029) entbehrlich sein (Maßstab: Zeithorizont des Flächennutzungsplanes, vgl. Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg: Arbeitshilfe Bebauungsplan. 1. Neuauflage Januar 2020. Potsdam. Kap. B27, 4/12). Jedoch sollte dieses Abhängigkeitsverhältnis, dass im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren eingehend zu regeln ist, im Abwägungsvorgang zur Flächennutzungsplanänderung entsprechend berücksichtigt bzw. gewürdigt werden (bspw. Vereinbarung mit Bahn, das überplante Flächen aus Planfeststellung entlassen werden einschl. „Übergabezustand/rechtliche Belastungen“). Die „Textliche Darstellung – Bedingte Nutzung“ dürfte dann – unter Berücksichtigung einer entsprechenden Konkretisierung – eine ausreichende Steuerungswirkung besitzen.

Sofern den v.g. Überlegungen nicht gefolgt wird (dann nachrichtliche Übernahme der planfestgestellten Flächen gemäß § 5 Abs. 4 BauGB), sind zumindest die Sonderbauflächen und ihre entsprechende Zweckbestimmung in der Planzeichenerklärung zu erläutern einschl. das Planzeichen für die Abgrenzung der verschiedenen Nutzungsbereiche (Sonderbaufläche Photovoltaik, Sonderbaufläche Photovoltaik Bahn).

Die in den Planzeichnungen von Bestand und Änderungsplanung des Flächennutzungsplans abgebildete Beschriftung A-C ist entbehrlich (auf im Bebauungsplan festgesetzten Pflanzgebote zurückzuführen) und kann redaktionell korrigiert werden. Außerdem ist das Planzeichen für die „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Änderungsplanung“ weiterhin in die Planzeichenerklärung aufzunehmen und ggf. auch farblich gegenüber dem Planzeichen für die „Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Flächennutzungsplans“ zu unterscheiden.

Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Die Stellungnahme verliert ihre Gültigkeit mit der wesentlichen Änderung der ihr zugrundeliegenden Beurteilungsgrundlagen.

II.

zum Bebauungsplan:

Zu den vorgelegten Bebauungsplanunterlagen werden Bedenken vorgetragen, da die abwägungsrelevanten Belange der Bahn bisher nicht ausreichend gewürdigt werden.

Wie im Umweltbericht zum Bebauungsplan (Kap. 3.1, S. 30 ff.) festgestellt wurde, wird nicht nur die geplante Sonderbaufläche 1.4 vom Planfeststellungsbeschluss „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe; Strecke 6135: Berlin - Elsterwerda, Strecke 6248: Dresden - Elsterwerda; Planfeststellungsabschnitt 3.1; Str. 6135 km 122,1+49 - km 124,5+63, Str. 6248 km 50,3+60 - km 46,9+40“ (vgl. Schreiben mit Planunterlagen vom 17.01.2024 zum Anhörungsverfahren für eine Entscheidung nach §18 AEG) erfasst, sondern auch der überwiegende Teil der geplanten Sonderbaufläche 1.3! Neben der temporären Baustelleneinrichtungsfläche (Bauwerk Nr. 84, A ca. 6,9 ha) sollen hier Maßnahmenflächen für den Artenschutz (dauerhaft? A ca. 0,8 ha) hergestellt werden. Auch wenn eine bedingte Festsetzung im Sinne von § 9 Abs. 2 BauGB geeignet erscheint den Nutzungskonflikt zu lösen (dabei ist Erweiterung auf Sonderbaufläche 1.3 zwingend zu prüfen!), muss die Vollzugsfähigkeit der naturschutzrechtlichen Festsetzungen (u.a. Pflanzgebote A, B und C) gewahrt sein, da sie den naturschutzrechtlichen Kompensationserfordernissen des bilanzierten Gesamtvorhabens dienen. Dies ist nach vorliegenden Planungsstand noch nicht gegeben. Zudem sollte der „Übergabezustand“ der aus der Planfeststellung entlassenen Flächen eindeutig geklärt sein, sofern hier insbesondere dauerhaft zu erhaltende Maßnahmenflächen zu berücksichtigen sind.

In der brandenburgischen Arbeitshilfe Bebauungsplan (vgl. Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg: Arbeitshilfe Bebauungsplan. 1. Auflage Januar 2020. Potsdam. Kap. B27, 3/12, Abs. 6 und 7) wird zur Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB hingewiesen, dass zur Wahrung einer sachgerechten Abwägung im BPL-Verfahren („Verhältnismäßigkeit“) der Eintritt der Umstände für die Zulassung der Folgenutzung in einem vertretbaren zeitlichen Rahmen erfolgen muss (bspw. mittelfristiger Zeithorizont von vier bis sechs Jahren). Die in der Festsetzung benannten Umstände sollen keine Sachverhalte betreffen, die weder vom Plangeber noch vom Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigten/Vorhabenträger direkt beeinflusst werden können (keine „unerfüllbaren“ Bedingungen). Es empfiehlt sich deshalb, eine entsprechende Vereinbarung mit der Bahn zur geplanten Folgenutzung zu treffen, die Gegenstand der Abwägung im Bebauungsplanverfahren ist (bspw. wird BPL nicht als tangierende Planung im Erläuterungsbericht zum o.g. Planfeststellungsverfahren „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe; Strecke 6135: Berlin - Elsterwerda, Strecke 6248: Dresden - Elsterwerda; Planfeststellungsabschnitt 3.1; Str. 6135 km 122,1+49 - km 124,5+63, Str. 6248 km 50,3+60 - km 46,9+40“ benannt).

Zudem werden weitere Hinweise zu den Planunterlagen benannt, die im weiteren Planungsprozess zu prüfen bzw. zu berücksichtigen sind:

1. Im Blendgutachten zum Bebauungsplanverfahren wird die Machbarkeit bzw. Verträglichkeit einer Photovoltaikanlage (Bauhöhe: 3,15 m üGOK) unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten beispielhaft nachgewiesen. Der gutachterlichen und planerischen Bewertung, dass insbesondere die im Wesentlichen berührte Wohnbebauung an der Berliner Straße Nr. 30-34 nicht durch Reflexionen der geplanten PVA erheblich beeinträchtigt bzw. belastigt wird, kann vom Grundsatz gefolgt werden. Da jedoch nicht auf den ungünstigsten Planfall im Angebotsbebauungsplan abgestellt wird (max. zulässige Bauhöhe lt. BPL: 4,50 m üGOK, Ausschöpfen der überbaubaren Grundstücksfläche, auch Ost-West-Ausrichtung der PVA möglich), kann unter Berücksichtigung der tatsächlichen Objektplanung im nachgelagerten Baugenehmigungsverfahren ein erneutes Blendgutachten notwendig werden. Dieses Gutachten sollte dann hilfsweise auf die tatsächliche (d.h. gegenüber dem bisherigen Bezugspunkt PG6 entferntere) Stellung der Wohngebäude und ihrer ggf. schutzwürdigen Räume in Ober- bzw. Dachgeschossen abgestellt werden. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass in den aktuellen Antragsunterlagen zur Planfeststellung des Vorhabens „Änderung der Eisenbahnüberführung Wainsdorf“ Strecke 6248 Dresden-Friedrichstadt-Elsterwerda; km 46,397 in der Gemeinde Röderland (Schreiben vom 18.01.2024) auf eine 3,5 m hohen Schallschutzwand Bezug genommen wird (statt H = 4,0 m).
2. Die festgesetzten Pflanzgebote und die von hochbaulichen Anlagen freizuhaltenen Flächen werden jeweils mit den Buchstaben a, b und c beschriftet. Zur Vermeidung von Fehlinterpretationen wird angeregt, redaktionell eine voneinander abweichende Nummerierung vorzusehen. Zudem sollte die Mindestpflanzqualität „leichte“ Sträucher und Heister zumindest in der städtebaulichen Begründung (oder/und Umweltbericht) erläutert werden (ggf. Festsetzung einer Mindesthöhe der Pflanzware denkbar).
3. In der Planzeichenerklärung (Pkt. 4 „Sonstige Planzeichen“) sollte auf den Verweis auf einen „Vorhaben- und Erschließungsplan“ verzichtet werden, sofern das Bebauungsplanverfahren nicht auf Grundlage von § 12 BauGB erstellt wird.
4. Es wird angeregt, die in der Planzeichnung abgebildete oberirdische Hauptversorgungsleitung mit der Beschriftung „110-kV-Hochspannungsfreileitung“ zu ergänzen und den Schutzstreifens (der auch Gegenstand eines Gestattungsvertrages werden soll) nachvollziehbar zu bemaßen.

5. Die im Umweltbericht (S. 67) benannten Vermeidungsmaßnahmen V9 und V10 berühren aus bauplanungsrechtlicher Sicht im Wesentlichen das Rücksichtnahmegebot gemäß § 15 BauNVO. Ob sich hieraus das Erfordernis zur Erstellung qualifizierter Immissionsprognosen ableiten lässt, bleibt der Objektbewertung im nachgelagerten Baugenehmigungsvorhaben (u.a. Beteiligung der zuständigen Fachbehörden) vorbehalten.
6. Auf einzelne Hinweise zur Bebauungsplanvorentwurfsfassung (u.a. Höhenfestsetzung, Ergänzung der Ermächtigungsgrundlagen für zeichnerische Festsetzungen in Planzeichenerklärung, Übersichtslageplan, Festsetzung von Mindesthöhe von PVA) wird nochmals verwiesen. Für das weitergehende Bebauungsplanverfahren sind die (neuformulierten) Regelungsinhalte des § 4a Abs. 3 BauGB zu berücksichtigen.

Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Die Stellungnahme verliert ihre Gültigkeit mit der wesentlichen Änderung der ihr zugrundeliegenden Beurteilungsgrundlagen.

Das **Gesundheitsamt** (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) äußert sich wie folgt:

Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes Elbe-Elster bezieht sich auf die von Ihnen am 25.03.2024 eingereichten Unterlagen mit den entsprechenden Plänen und Erläuterungen. Der Geltungsbereich des B-Plans befindet sich nordwestlich des Wainsdorfer Ortskerns.

Gegen die Änderung des o. g. FNP's und die Aufstellung des o. g. B-Plans bestehen von Seiten des Gesundheitsamtes bei fach- und sachgerechter Ausführung keine grundsätzlichen Bedenken.

Die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage ist so zu erstellen, zu betreiben und zu kontrollieren, dass nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit der Wohnanlieger, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, ausgeschlossen werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass durch unsere Stellungnahme andere Zuständigkeitsbereiche nicht berührt werden.

Das **Straßenverkehrsamt** (Reg.-Nr.: 2024U00162, Bearbeiter: [REDACTED] Tel. 035341 97-[REDACTED]) gibt folgende Hinweise:

In Verbindung mit der geplanten Maßnahme sind Einschränkungen an Verkehrsflächen (insbesondere im Rahmen Anlieferung / Entladung / Aufbau) möglichst auszuschließen. Bei unvermeidlichen Einschränkungen ist hierfür die Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen gemäß § 45 Abs. 6 StVO durch die bauausführende Firma beim Straßenverkehrsamt zu beantragen. Der Antrag ist mindestens 10 Arbeitstage vor Beginn der Verkehrsraumeinschränkung beim StVA einzureichen.

Bei der Anordnung der Photovoltaikmodule ist zu beachten, dass eine Blendwirkung für die Benutzer der angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen ausgeschlossen wird. Gegebenenfalls sind Schutzmaßnahmen vorzusehen.

Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Region Süd ist auf der Grundlage von § 24 Abs. 2 und 8 BbgStrG für die Landesstraßen zu beteiligen. Da das Plangebiet in unmittelbarer Nähe zur Bahn liegt, ist auch die Deutsche Bahn AG zu beteiligen.

Die **untere Naturschutzbehörde** (AZ:63-30378-24-135, [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt zur Änderung des Flächennutzungsplans folgende Stellungnahme ab:

Die übergeordneten Fachplanungen des Naturschutzes wurden hinreichend dargestellt.

Der 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland wird zugestimmt.

Hinweis:

Die gem. § 29 Abs. 2 BNatSchG¹ i. V. m. § 17 Abs. 1 BbgNatSchAG² geschützten Alleebaumbestände sowie die sonstigen straßenbegleitenden Baumreihen sind zu erhalten und Beeinträchtigungen durch bau- und anlagebedingte Wirkfaktoren zu vermeiden.

Die **untere Naturschutzbehörde** (Az.: 63-30364-24-126, Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt zum Bebauungsplan folgende Stellungnahme ab:

SB Eingriffsregelung ([REDACTED]):

Unter Punkt 11.6 „Auswirkungen auf die Umwelt und den Artenschutz“ auf Seite 36 der Begründung wird dargelegt, dass „durch die Entnahme der Fläche aus der landwirtschaftlichen Nutzung und die Ansaat von Grünland umweltfachlich deutlich höher zu bewertenden Flächen entstehen. Dies „schlage sich nicht nur in einer höheren Dichte unterschiedlicher Pflanzenarten nieder, sondern es werden auch Lebensräume für die Fauna geschaffen. Die Auswirkungen auf die Biodiversität sind daher als sehr positiv zu bewerten.“ Grundsätzlich ist die Umwandlung von Ackerland in Grünland förderlich für die Schutzgüter Flora und Fauna. Innerhalb der Begründung wird jedoch die Errichtung der Photovoltaik-Freiflächenanlage als absolute Aufwertung des Naturraums dargestellt. Es wird in dieser Bewertung außer Acht gelassen und an dieser Stelle nicht erwähnt, welche verschiedenen Tier- und Pflanzengesellschaften sich in hoher Dichte im Vorhabensbereich befinden. Hierzu wird innerhalb des Umweltberichts und des Artenschutzfachbeitrages des Büro ASN, Andrea Srugies-Neureuther, sehr detailliert und umfangreich Auskunft gegeben. Die darin benannten Konflikte und Maßnahmen sind unzureichend in die Begründung sowie die textlichen Festsetzungen der Planzeichnung eingeflossen.

Planfeststellungsverfahren:

Laut den Ausführungen unter Punkt 3.1. „Planfeststellungsverfahren (PFV) ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe; PFA 3.1 (Elsterwerda-Landesgrenze)“ auf Seite 30 des Umweltberichts werden innerhalb des Plangebietes des Bebauungsplans für das Planfeststellungsverfahren Baueinrichtungsflächen (Bauwerk Nr. 84) im Bereich des SO1.3 und SO1.4 im Umfang von ca. 68.913 m² geplant. Ebenso werden Vermeidungsmaßnahmen, insbesondere artenschutzrechtlich zur Errichtung bauzeitlicher Reptilienschutzzäune (Maßnahme 009_VA-V), im Umgriff bzw. in Richtung geplanter Bauflächen an der Bahntrasse sowie weitere Baueinrichtungsflächen, und im Rahmen der Eingriffsbehandlung zum Biotop und Gehölzschutz in der Bauphase (Maßnahme 004_V) vorgesehen. Des Weiteren sind geplante CEF-Maßnahmen der DB-Baumaßnahme auf Teilflächen des SO1.3 und SO1.4 vorgesehen. Es ist nicht ersichtlich, wie die bedingte Festsetzung TF2, die sich lediglich auf das SO1.4 bezieht, aufrechterhalten werden kann, wenn artenschutzrechtlichen Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen der DB-Baumaßnahme dauerhaft auf diesen Flächen untergebracht werden soll. Nach Ansicht der unteren Naturschutzbehörde stehen diese Flächen für die Errichtung einer PV-Anlage, auch nach Beendigung der DB-Baumaßnahme, nicht zur Verfügung, wenn darauf Ausgleichmaßnahmen per Planfeststellung festgesetzt sind. Hierzu sollten im folgenden Entwurf abschließende Abstimmungsergebnisse samt

entsprechenden textlichen Festsetzung formuliert werden, damit der Bebauungsplan vollumfänglich umsetzbar wird.

Schutzgut Boden:

Laut Punkt 7.3 der Begründung, Seite 22 bis 24, wird in den Sondergebieten SO 1.1 bis SO 1.3 eine GRZ von 0,55 festgesetzt, im SO 1.4 eine GRZ von 0,6 und im SO 2 eine GRZ von 0,8. Eine Überschreitung der GRZ nach § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO wird durch die Festsetzung TF3 ausgeschlossen.

Demnach dürfen in den SO 1.1 bis 1.3 55 % der Fläche überbaut und versiegelt werden, im SO 1.4 60 % und im SO 2 bis zu 80 %. Eine Versiegelungsregelung, dass nur 3 % der Fläche im Zuge der Errichtung der PV-Anlage durch Aufständigung/Ständerbauweise versiegelt werden dürfen, ist den textlichen Festsetzungen in der Planzeichnung sowie der Begründung nicht zu entnehmen. Demnach muss eine Versiegelung in Höhe der GRZ angenommen werden. Lediglich innerhalb des Umweltbericht wird auf Seite 52 im Punkt 5.2 „Schutzgut Boden“ argumentiert, dass „der Versiegelungsgrad mit maximal 3 % der Flächen anzunehmen sein wird“. Da dies aktuell nicht textlich festgesetzt ist, ist ein Ausgleich für die Versiegelung entsprechend der GRZ der einzelnen Sondergebiete vorzuhalten.

Weiterhin wird dargelegt, dass für ungünstig zugeschnittene (z.B. besonders schmale) Grundstücke notfalls die GRZ durch die Photovoltaikmodule überschritten werden kann entsprechend § 19 Abs. 5 BauNVO. Dies würde bedeuten, dass bis zu 100 % der Fläche überbaut und versiegelt werden darf. Hierzu müsste ebenso ein ausreichender Kompensationsumfang vorgehalten werden. Sollte eine maximale Versiegelung nicht textlich festgesetzt werden, so würden die dargelegte Ausgleichsmaßnahme A1 (Herstellung einer artenreichen Dauerbegrünung) sowie die Maßnahme A2 (Pflanzung von Strauchhecken entlang der nördlichen und nordöstlichen Plangebietsgrenze) als Ausgleich für das Schutzgut Boden nicht ausreichen. Hierzu sind entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

SB Biotop- und Artenschutz/Natura 2000 ([REDACTED]):

Grau, fett und kursiv hinterlegte Textpassagen sind aus den o.g. Planungsunterlagen entnommen.

1. Artenschutz

1.1 Notwendigkeit eines Wildtierkorridors

Der Solarpark weist nach Abmessung per GIS-System aktuell eine Gesamtfläche von ca. 23,5 ha auf. Durch den Artenschutzfachbeitrag wird den angrenzenden Naturkulissen eine hohe faunistische Bedeutung beigemessen. Somit ist mit querenden Groß- und Kleinsäugetern zu rechnen, welche bei ihren Revierwanderungen auf die Solarparkfläche treffen werden. Damit von dem Solarpark keine Barrierewirkung für diese Tiere ausgeht, ist ein Wildtierkorridor auf der Parkfläche in den nächsten Planungsschritten unbedingt einzuplanen. Folgende Maßgaben sind dabei für Korridorbreiten und -längen zu beachten:

Korridor Länge <200m erfordert Korridor-Breite: $\geq 40\text{m}$

Korridor Länge >200-500m erfordert Korridor-Breite: $\geq 50\text{m}$

Korridor Länge >500m erfordert Korridor-Breite: $0,1 \times \text{Korridor Länge}$

Dabei ist auf eine naturnahe Gestaltung zu achten. Soweit möglich auf das parallel verlaufende Planfeststellungsverfahren der DB Netz AG zu achten. Der Verlauf des Wildtierkorridors sollte nicht an der geplanten Schallmauer enden.

1.2 Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen

Ein Teil der im Umweltbericht sowie im Artenschutzfachbeitrag festgelegten artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen fehlen sowohl in den textlichen Festsetzungen auf der Planzeichnung als auch in der Begründung. Die artenschutzrechtlichen Maßnahmen VA1.-VA.13 sowie falls notwendig, die Ausgleichsmaßnahmen A1.-A3 sowie CEF-Maßnahmen 1-2 sind vollständig in alle Planungsunterlagen zu

übernehmen.

1.3 Parallel verlaufendes Planfeststellungsverfahren der DB-Netz AG

Zu beachten ist, dass im aktuellen Planungsstand keine Aussagen über die bauzeitliche Realisierung möglich sind. Angedacht ist eine zeitliche Staffelung der Vorhabenumsetzung in den einzelnen Sondergebietsteilflächen. (Artenschutzfachbeitrag, S. 42)

In den weiteren Planungsschritten sollte abschließend geklärt werden in welcher zeitlichen Staffelung das Vorhaben umgesetzt wird und welche naturschutzrechtlichen Maßnahmen dabei wann und wie umgesetzt werden müssen. Soweit möglich ist dabei auch gleichzeitig das laufende Planvorhaben der DB Netz AG zu berücksichtigen. Insbesondere weil für den Funktionsbereich "Speicher und Anschluss" laut Artenschutzfachbeitrag noch keine abschließenden Aussagen und Wechselwirkungen zu vorhandenen Schutzgütern gezogen werden können.

1.5 Vermeidungsmaßnahme VA1 (Ökologische Bauüberwachung)

Während der gesamten Bauphase erfolgt eine artenschutzfachliche Begleitung und Überwachung des Bauvorhabens durch ein Fachbüro. (Umweltbericht, S. 58)

Die Kontroll- und Begutachtungstätigkeiten der ökologischen Bauüberwachung ist durch diese zu dokumentieren und in Form eines Berichts zusammenfassen. Nach Fertigstellung des Planvorhabens ist der Bericht an die untere Naturschutzbehörde zum Vollzug der naturschutzrechtlichen Maßnahmen digital zu übermitteln. Bei Erteilung einer Baufreiheit aus artenschutzfachlicher Sicht, ist die untere Naturschutzbehörde darüber in Kenntnis zu setzen. Die ökologische Bauüberwachung ist im Bauantragsverfahren rechtzeitig vor Baubeginn der Behörde zu nennen.

1.6 Vermeidungsmaßnahme VA4 (Artenschutzfachliche Voruntersuchung und Behandlung zu rodenden Gehölzen; CEF Maßnahme 1/Maßnahme 2 (Erstellung und Umsetzung eines artenschutzfachlichen Ausgleichskonzepts bzgl. Verlust von Lebensstätten von Vögeln/Fledermäusen)

Die von Rodung betroffenen Gehölze werden mit zeitlichem Vorlauf zu den Baumaßnahmen im unbelaubten Zustand auf ein Lebensstättenpotenzial durch Spezialisten voruntersucht. Potenzielle Habitatgehölze werden markiert. (Artenschutzfachbeitrag, S.59)

Die in der Vermeidungsmaßnahme VA4 aufgeführte Kontrolle von Gehölzen auf Lebensstätten geschützter Tierarten sowie die Erstellung eines artenschutzfachlichen Ausgleichskonzepts mit darin ggf. enthaltenen CEF-Maßnahmen ist rechtzeitig mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Damit die CEF-Maßnahmen zielgerichtet bewertet werden können, muss der Behörde rechtzeitig ein artenschutzfachliches Ausgleichskonzept mit Erfassungsergebnissen der Kontrolle gem. VA4 vorliegen.

Es wird darauf hingewiesen, dass CEF-Maßnahmen zur Inanspruchnahme der naturschutzrechtlichen Legalausnahme (§44 Abs.5 BNatSchG) vor Umsetzung des Planvorhabens fertig installiert und funktionsbereit sein müssen. Auf die Möglichkeit der Prüfung der frist- und sachgerechten Durchführung der Vermeidungs-/Ausgleichs-/Ersatzmaßnahmen durch die zuständige Behörde gem. §17 Abs.7 BNatSchG wird verwiesen.

Weiterhin ist darzustellen wie geplante Fledermauskästen oder Nistkästen gepflegt werden sollen (ggf. empfiehlt sich die Wahl auf selbstreinigende Kästen). Bei Installation von Maßnahmen auf Fremdgrundstücken muss bereits im Planverfahren ein Zustimmungsdokument des Flächeneigentümers oder Nutzungsberechtigten der Fläche vorliegen.

1.7 Habitatflächen Hügelbauender Roter Waldameisen und Ameisenlöwen im Randbereich von

Bestandsgehölzen

Vermeidung von baubedingten Beeinträchtigungen für Hügelbauende Rote Waldameisen (und Ameisenlöwen im Randbereich von Bestandsgehölzen. Durchsetzung des Bautabus außerhalb des Plangebietes (Vermeidungsmaßnahme V5). (Umweltbericht, S.64)

Die im Umweltbericht erwähnten Habitatflächen von geschützten Ameisen im Randbereich von Bestandsgehölzen sind in der Begründung sowie im Umweltbericht zeichnerisch auf einem Lageplan darzustellen.

1.8 Vermeidungsmaßnahme VA5 (Minimierung bauzeitliche Flächeninanspruchnahme und Ausweisung Bautabuzonen)

Auch innerhalb des Plangebietes werden bestimmte Bau-/ Anlagetabubereiche durch Ausgrenzung der Baugrenze festgesetzt. (Umweltbericht, S.65)

Die im Umweltbericht gem. Vermeidungsmaßnahme VA5 aufgeführte Ausweisung von Bautabuzonen ist zeichnerisch in die Planzeichnung vom B-Plan zu übernehmen. Eine Erwähnung dieser Bautabuzonen ist in die Begründung aufzunehmen. Bei Notwendigkeit von Abgrenzungen/Abzäunungen (z.B. Mittels Bauzaun) sind diese zeichnerisch (spätestens in der Bauantragsphase) auf einem Lageplan zu vermerken. Es wird darauf hingewiesen, dass Abzäunungen aus artenschutzfachlichen Gründen (z.B. Reptilienschutzzäune) einer Pflege zur Instandhaltung bedürfen.

1.9 Vermeidungsmaßnahme VA8 Feldlerchenfenster innerhalb der Solarparkfläche

In den von Feldlerchenrevieren betroffenen Sondergebietsteilen werden entsprechend der Anzahl der in 2023 ermittelten Reviere der Art einzelne Offenbereiche („Feldlerchenfenster“) innerhalb der mit Modulen belegten Fläche (Modulfeld) freigehalten. (Umweltbericht, S.60)

Entsprechend dem Artenschutzfachbeitrag befinden sich im Plangebiet fünf Brutreviere mit Nachweisstatus: Brutverdacht. Im Zuge der Vermeidungsmaßnahme VA8 soll ein Totalverlust der Reviere durch Freihaltung mittels Feldlerchenfenster innerhalb der Solarparkfläche vermieden werden. Derzeit liegen keine eindeutigen und für Freiflächen-PVA allgemein gültigen wissenschaftliche Erkenntnisse vor, die eine erfolgreiche Wiederansiedlung von Feldlerchen innerhalb eines Solarparks durch Maßnahmen wie Freilassung bestimmter Reihenabstände oder Feldlerchenfenster belegen. Des Weiteren lässt sich der Erfolg von Feldlerchenfenster in der Praxis nur schwer mit einem Monitoring belegen, weshalb die tatsächliche Wirkung der Maßnahme nicht eindeutig nachweisbar ist und ggf. notwendige Anpassungen nicht zielgerichtet entwickelt werden können.

Nach gängigem Wissenstand in der Ökologie der Avifauna beträgt der Abstand zwischen einem Feldlerchenrevier und Vertikalstrukturen 50m.³ Als Vertikalstrukturen sind auch die Solarmodule an sich zu werten. Selbst bei dem eingeplanten Abstand zu Zäunen und vorhandenen Gehölzstrukturen sowie einen Reihenabstand von 3m, kann der notwendige Abstand zu Vertikalstrukturen nicht eingehalten werden.

Die im Umweltbericht aufgestellte Prognose (Umweltbericht, S. 47), dass die Flächen unter den Modultischen als Lebensraum nicht verloren gehen, kann nicht gefolgt werden.

Ein Ausgleich von Feldlerchenrevieren innerhalb des Solarparks ist aus diesem Grund nicht möglich und muss auf externen Flächen vorgenommen werden. Vor Auswahl einer externen Fläche ist diese auf ihre

³ Maßnahmenfestlegung für die Feldlerche im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, 22.02.23)

Geeignetheit zu prüfen. Entsprechende Maßnahmen sind in den nachfolgenden Planungsunterlagen zu entwickeln und anzubieten. Hinzu kommt, dass die Stromleitung gem. der faunistischen Sonderuntersuchung als Ansitz von Greifvögeln genutzt wird. Dies stellt einen weiteren Faktor zur Entwertung der Solarparkfläche als Feldlerchenrevier dar.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob durch den Lebensstättenverlust von Bodenbrütern auf der Solarparkfläche eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung gem. §45 BNatSchG notwendig wird. Eine Notwendigkeit ergibt sich, wenn die ökologische Funktion der von dem Solarpark betroffenen Lebensstätten nicht im räumlichen Zusammenhang weiter erfüllt werden kann.

1.10 Vermeidungsmaßnahme VA10 (Artenschutzfachliche Gestaltung von Zäunungen)

Die Maßnahme ist dahingehend zu ergänzen, dass die Herstellung eines durchgehenden Zaunfundaments nicht erlaubt ist. Dies ermöglicht, dass durch Grabungen von querenden Tieren die Kleintierdurchlässe auf natürliche Weise vergrößert werden. Die artenschutzfachliche Gestaltung der Umzäunung ist in die Begründung zu übernehmen.

In der aktuell vorliegenden Begründung wird bewusst darauf verzichtet, eine bestimmte Form der Einfriedung vorzugeben. Dies widerspricht sich mit den artenschutzfachlichen Vorgaben zur Herstellung einer Umzäunung im Artenschutzfachbeitrag und im Umweltbericht.

2. Biotopschutz

2.1 Zeichnerische Darstellung von geschützten Biotoptypen auf Planzeichnung zum B-Plan

Vermeidung von baubedingten Beeinträchtigungen für gesetzlich geschütztes Biotop „Sandtrockenrasen / Ruderale Halbtrockenrasen“ und Habitatflächen von nationalrechtlich geschützten und seltenen Schmetterlingen im Bereich der Flurstücke 25, 26, 27. (Umweltbericht, S.49)

Die im Rahmen der Biotopkartierung im Plangebiet sowie in den angrenzenden Flächen ermittelten geschützten Biotoptypen sind zeichnerisch auf der Planzeichnung zum B-Plan zu vermerken.

2.2 Maßnahme A1 Herstellung einer artenreichen Dauerbegrünung/ Maßnahme A2 Dauerpflege des Grünlandes im Plangebiet.

Um die Herstellung einer artenreichen Dauerbegrünung bzw. die Dauerpflege des Grünlandes zielgerichtet umsetzen zu können, wird ein 1-3jähriges Monitoring empfohlen. Im Rahmen des fachlichen Monitorings sind dann ggf. Fehlentwicklungen zu identifizieren und Ausbesserungen vorzuschlagen.

3. Gehölzschutz

Für die im Zusammenhang bebauten Ortsteile und den Geltungsbereich der Bebauungspläne im Gebiet der Gemeinde Röderland, ist die Baumschutzsatzung der Gemeinde Röderland in ihrer aktuellen Fassung anzuwenden. Darauf ist in der Begründung sowie im Umweltbericht hinzuweisen.

4. Zusammenfassung

Anhand der eingereichten Planungsunterlagen zum o.g. B-Plan kann keine abschließende naturschutzfachliche Bewertung vorgenommen werden. Nach Sichtung des Artenschutzfachbeitrags, dem Umweltbericht sowie der Begründung, wird ersichtlich, dass sich die Unterlagen (insb. Artenschutz-/Umweltbericht zur Begründung) in ihren Festlegungen wesentlich voneinander unterscheiden. In der Begründung wurden arten-/biotopschutzfachliche Maßnahmen aus dem Umweltbericht (siehe Regiosaatgut, Umzäunung, Anforderungen Mindestabstände, Monitoring) abgeändert oder weggelassen. Darüber hinaus fehlen in der Begründung sowie auf der Planzeichnung zum B-Plan ein Großteil der aus dem Umweltbericht und dem Artenschutzfachbericht festgelegten naturschutzrechtlichen Festlegungen (artenschutzrechtl. Vermeidungsmaßnahmen, Ausgleichsmaßnahmen, CEF-Maßnahmen).

Eine abschließende Bewertung von biotopschutz- und artenschutzrechtlichen Belangen kann aufgrund der o.g. Ausführungen und der sich teilweise widersprechenden Unterlagen zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorgenommen werden. Somit ist festzustellen das in den aktuell vorliegenden Planungsunterlagen für die "Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf" arten- und biotopschutzrechtliche Belange nicht ausreichend abgehandelt worden sind. Dies stellt einen gravierenden Mangel in der Planung dar.

Im weiteren Planungsverfahren ist darüber hinaus eine weitestgehend abschließende Aussage zu treffen, inwiefern das parallel verlaufende Planverfahren der DB Netz AG die geplanten naturschutzrechtlichen Maßnahmen im Plangebiet beeinflusst. Die Fachplanung hat eine konträre Beeinflussung beider Planvorhaben zu vermeiden.

Bei Abstimmungsbedarf und Fragen steht der Sachbereich Biotop-/Artenschutz/Natura 2000 gern zur Verfügung (Tel.: [REDACTED]; Mail: [REDACTED]@lkee.de)

Sonstige Anmerkungen:

Soweit möglich wird bei der nächsten behördlichen Beteiligung im Planverfahren um eine digitale Übermittlung der Shape-Dateien der Geländeerfassungen der Biotopkartierung gebeten.

Die zusätzlich noch notwendigen teilversiegelten Zuwegungen als Betriebswege sind als Schotterrasen und möglichst naturnah zu gestalten.

In die Begründung ist hinsichtlich der Bauausführung des Planvorhabens zu übernehmen, dass An-/Abtransport über Bestandswege-/straßen realisiert wird. Zusätzliche Baustraßen und Baueinrichtungsflächen sind auszuschließen.

In die Begründung ist zu übernehmen, dass die im Nordwesten von Wainsdorf liegenden Moorreste von jeglicher baubedingten Beanspruchung freigehalten und dauerhaft gesichert werden.

SB Landschaftsplanung ([REDACTED], Tel.: 03535/46[REDACTED]):

Die wirksamen übergeordneten Fachplanungen wurden hinreichend dargestellt.
Folgende Hinweise werden gegeben:

1. Für eine **naturnahe Ausgestaltung** der Anlage wird eine Flächenüberstellung von maximal 40 % empfohlen, um den benannten positiven Effekt auf den Naturhaushalt auch erreichen zu können. Ein **Abstand zwischen den Modulreihen** von 3,5 m sollte dabei auf keinen Fall unterschritten werden.
Es ist auf die Einhaltung von Pufferstreifen zwischen Zaunkante und Waldkanten zu achten.
2. Die zeitliche Staffelung der Mahd der einzelnen Sondergebietsteilflächen wird befürwortet (Maßnahme A3 – Dauerpflege des Grünlandes im Plangebiet).
Die **Entstehung von Scherrasen** durch dauerhaft niedrigen Bewuchs ist zwingend zu **vermeiden**.
Es ist eine zertifizierte Regiosaatgutmischung zu verwenden.
Damit eine Beweidung perspektivisch durchgeführt werden kann, ist auf eine **verbissichere Verkabelung** zu achten.
3. Die Berücksichtigung eines **Wanderkorridors** fand in der vorliegenden Entwurfsplanung nicht statt. Ab einer Länge von 500 m ist die zerschneidende Wirkung und die Barrierefunktion auf

umliegende Biotop stark ausgeprägt, weshalb ein Wanderkorridor als Querungshilfe einzuplanen ist.⁴

Da der hier geplante Solarpark sowohl in der Länge als auch in der Breite den Richtwert von 500 m deutlich übersteigt, ist die Anlage von Wanderkorridoren vorzunehmen. Diese sollten eine Breite von 50 m nicht unterschreiten und naturnah gestaltet sein.

Die **untere Wasserbehörde** (Bearbeiter: [REDACTED] Telefon: 03535 46-[REDACTED]) äußert sich wie folgt:

Einvernehmenserklärung/Zustimmungserklärung zum Bauvorhaben:

Die untere Wasserbehörde hat keine Einwände gegen die 2. Änderung des FNP und die Planung des Bebauungsplans.

Die **untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde** (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) stimmt dem Vorhaben ohne weitere Hinweise und Ergänzungen zu:.

Das **Sachgebiet Landwirtschaft** im Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft (Bearbeiter: [REDACTED], Tel. 03535 46-[REDACTED]) teilt Folgendes mit:

Geplant ist, im Ortsteil Wainsdorf einen Solarpark auf einer landwirtschaftlichen Fläche von rund 26 ha zu errichten.

Dazu ist allgemein anzumerken, dass landwirtschaftliche Nutzflächen ein stetig knapper werdendes Gut sind, weshalb es ratsam ist, auch Alternativen zu prüfen.

Die Zweckbestimmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen zielt darauf ab, Produkte für die menschliche und tierische Ernährung zu erzeugen und nicht, um Energie zu gewinnen. Bei einer Bodenwertzahl von 25 bis 30 Bodenpunkten ist ein wirtschaftliches Arbeiten in unserer Region gegeben.

Der Bau von Photovoltaikanlagen wirkt sich negativ auf das Landschaftsbild aus und die Produktion von Nahrungsmitteln geht verloren.

Das Problem ist, dass den aktiv wirtschaftenden Betrieben Flächen entzogen werden, worauf sie, aufgrund ihrer Wirtschaftsweise, angewiesen sind. Gerade tierhaltende Betriebe verlieren durch die Flächenbindung so ihre Existenzgrundlage.

Die Alleinstellungsmerkmale der landwirtschaftlichen Unternehmen wie Bodenständigkeit, Wertschöpfung im ländlichen Raum, als auch Lebensmittelproduktion vor der Haustür, werden durch die Klimaziele Deutschlands vernachlässigt.

So bieten bspw. Dachflächen, Fahrbahnen, Parkflächen, nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen wie Deponien, Tagebauflächen oder Industriebrachen usw. eine gute Möglichkeit zur Energiegewinnung.

Das Landwirtschaftsamt verweist auf die Handlungsempfehlung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) bezüglich der Flächenwahl hin. Demnach sollten Freiflächenphotovoltaikanlagen bevorzugt auf folgenden Flächen genutzt werden:

⁴ Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): Wildtierkorridor – Ein Leitfaden zur Umsetzung des Wald-Biotopverbundes – Stuttgart. & Vorläufige Handlungsempfehlung des MLUK zur Unterstützung kommunaler Entscheidungen für großflächige Photovoltaik-Freiflächensolaranlagen (PV-FFA).

- Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad (das sind z.B. Gebäude aller Art, Parkplätze, Fahrbahnen, befestigte Wege usw.).
- Flächen, deren Lebensraumfunktion erheblich beeinträchtigt ist (z.B. durch Stoffemissionen, Lärm oder Zerschneidung geprägte Flächen).
- Flächen mit einem durch technische Einrichtungen stark überprägten Landschaftsbild (z.B. durch Bebauung sowie Leitungstrassen oder Verkehrswege überprägte Landschaften, Verkehrsnebenflächen). Insbesondere Flächen in der Nähe von Hochspannungsleitungen (380/220 kV) sind sinnvoll nutzbar, da Anschlusswege für die Solarenergiefreiflächenanlagen kürzer möglich sind.
- Militärische oder wirtschaftliche (ehemalige Gewerbe- und Industrieflächen) Konversionsflächen andere vorbelastete/ versiegelte Flächen, Lagerplätze, Abraummhalden und ehemalige Tagebaugebiete soweit sie nicht naturschutzfachlich wertvoll oder naturschutzrechtlich gesichert sind. Bei der Nutzung von Altstandorten oder Konversionsflächen ist wegen der geplanten Änderung der Flächennutzung auf Basis des BBodSchG eine Gefährdungsabschätzung zu veranlassen. Auf dieser Basis sind ggf. Rückbau bzw. die Entsiegelung der Flächen vorzusehen. Ebenso werden Bergbaufolgestandorte als geeignet angesehen.
- Hinsichtlich geeigneter Flächen muss eine Abwägung im Einzelfall erfolgen, da nicht pauschal auf die Ertragsfähigkeit und Bodenqualität abgestellt werden kann. So können ertragsschwache Böden einen hohen ökologischen Nutzwert bieten und auch ertragsstarke Böden zur Bebauung durch PV-FFA sinnvoll sein. Eine differenzierte einzelfallbezogene Betrachtung ist erforderlich.

Die Landwirtschaft und Tierhaltung mit dem Abbau von Arbeitsplätzen für Photovoltaikparks zu opfern ist keine Lösung.

Durch die entstehenden Probleme, die Freiflächen-PV-Anlagen mit sich bringen, rät es sich, auf Agri-PV Anlagen zu setzen, da diese die Flächeneffizienz steigern und ebenfalls den Ausbau der PV-Leistung bei gleichzeitigem Erhalt der Ackerflächen für die Landwirtschaft oder in Verbindung mit der Schaffung artenreicher Biotope ermöglichen. Das Nutzungskonzept muss sich dabei nach der vorgeschriebenen DIN SPEC 91434 richten.

Anlass moderner Agri-PV Anlagen sind die Verringerung der Konkurrenz der landwirtschaftlichen genutzten Fläche zwischen Energiegewinnung und landwirtschaftlicher Produktion. Die einseitige Rücksichtnahme der Energiegewinnung, ohne die für unsere Region wichtige landwirtschaftliche Erzeugung (primärer Wirtschaftssektor), ist im Rahmen der ökonomischen (Verlust von Produktionsfläche), ökologischen (Ausbreitung gefährlicher Neophyten) und sozialen (Wegfall von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen) Aspekte als nicht nachhaltig anzusehen.

Das Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft steht den Planungen zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in Wainsdorf aufgrund des dauerhaften Entzuges der landwirtschaftlichen Fläche ablehnend gegenüber.

Somit erfolgt auch keine Zustimmung zur Änderung des Flächennutzungsplans.

Das **Kataster- und Vermessungsamt** (Bearbeiterin: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) teilt mit:

zum FNP:

Konkrete Maßnahmen oder Anregungen können seitens des Kataster- und Vermessungsamtes zum o.g.

Genehmigungsverfahren nicht gegeben werden. Wahrzunehmende öffentlichen Belange des Kataster- und Vermessungsamtes Elbe-Elster werden nicht berührt.

zum B-Plan:

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und Vorhaben- und Erschließungsplänen ist die Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches (Planunterlagen VV) vom 16. April 2018 (ABl./18, [Nr. 17], S.389) zu beachten.

Die Gemeinde soll ihre Absicht, einen Bauleitplan aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen, der zuständigen Katasterbehörde zum frühestmöglichen Zeitpunkt mitteilen. Die Katasterbehörden sollen die Gemeinden hinsichtlich geeigneter Planunterlagen und gegebenenfalls erforderlicher Vermessungsarbeiten beraten. Für die Herstellung der Planunterlagen für Bebauungspläne sind grundsätzlich die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure oder die Katasterbehörden zuständig, sofern der Bebauungsplan Bezug auf Flurstücksgrenzen nimmt.

Der Bebauungsplan soll Angaben über die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke in Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster, die vorhandenen baulichen Anlagen, die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie Geländehöhen enthalten (§ 1 Absatz 2 PlanZV). Die Planunterlage wird daher auf der Grundlage der Liegenschaftskarte hergestellt. Die Genauigkeit der Planunterlage muss dem Zweck, der mit dem Bebauungsplan verfolgt wird, entsprechen. Kartengrundlage und Planzeichnung sollen so genau sein, dass sich die Festsetzungen widerspruchsfrei und mit der dem Maßstab der Planzeichnung entsprechenden Genauigkeit auf die örtlichen Verhältnisse übertragen lassen. Die geometrisch eindeutige Darstellung erfordert den Anschluss an das amtliche Lage- und Höhenbezugssystem.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Herstellung der Planunterlagen für Bebauungspläne sowie Vorhaben- und Erschließungspläne im Rahmen der Aufstellung ein Katastervermerk von Seiten des Kataster- und Vermessungsamtes bzw. von einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur(in) regelmäßig zu erbringen ist, welcher über die geometrische Qualität der Planungsunterlage Auskunft gibt.

Der Katastervermerk ist auf dem Original des Bebauungsplanes vor dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan zu bestätigen.

Die **Brandschutzdienststelle des Ordnungsamtes** (Bearbeiter: [REDACTED], Tel. 03535 46-[REDACTED]) gibt folgende Hinweise:

1. Für die Photovoltaikanlage ist flächendeckend ein Löschwasservorrat von 48 m³/h (800 l/min) für eine Zeit von 2 Stunden nachzuweisen. Die benötigten Löschwasserentnahmestellen dürfen dabei nicht weiter von einer abzulöschenden Fläche als 300 m entfernt sein (in Schlauchlänge gemessen).

Termin: Fertigstellung

Rechtsgrundlage: BbgBO § 4 i. V. m. BbgBKG § 3 (1) Pkt. 1

im Rahmen eine Baugenehmigungsverfahrens würden nachfolgende Auflagen erteilt werden, die ich Ihnen hiermit mitteile:

2. Für die PV-Anlage ist ein Feuerwehrplan in Anlehnung an die DIN 14 095:2024-2 zu erstellen, der Brandschutzdienststelle zur Prüfung vorzulegen und anschließend den zuständigen Feuerwehren zu übergeben. (Die Verteilung der Exemplare des Feuerwehrplanes ist mit der Brandschutzdienststelle individuell abzustimmen.)

Termin: Fertigstellung
Rechtsgrundlage: BbgBO § 14

3. Die Feuerwehrezufahrt und Feuerwehrebewegungsfläche ist entsprechend der Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr zu planen.

Termin: vor Erteilung Baugenehmigung
Rechtsgrundlage: BbgBO § 5

4. Für den Brandfall ist für jedes Tor für die Feuerwehren ein gewaltloser Zugang über ein Feuerwehrschrüsseldepot zu der PV Anlage zu gewährleisten. Abstimmung zur Art, Antrag auf Freigabe sind mit Brandschutzdienststelle des Landkreises Elbe-Elster zu führen.

Termin: Fertigstellung
Rechtsgrundlage: BbgBO § 14

5. Vor Inbetriebnahme der PV-Anlage sind die zuständigen Feuerwehren auf die Gefahren bei einem Einsatz hinzuweisen. Das sollte mit einer Einweisung vor Ort erfolgen. Der Brandschutzdienststelle ist Gelegenheit zu geben, daran teilnehmen zu können.

Termin: Fertigstellung
Rechtsgrundlage: BbgBO § 14

6. Der vegetative Bewuchs ist grundsätzlich kurz zu halten.

Termin: kein
Rechtsgrundlage: BbgBO § 14

Weitere Auflagen/ Hinweise etc. werden im Zuge des Genehmigungsverfahrens erteilt.

Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Sie ersetzt weder erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen noch privatrechtliche Zustimmungen und Vereinbarungen.

Die Stellungnahme verliert bei wesentlicher Änderung der Planungsgrundlagen ihre Gültigkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez.

■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■



DB AG - DB Immobilien
Tröndlinring 3 | 04105 Leipzig

Plan und Recht GmbH
Bauleitplanung
Entwicklungsplanung
Regionalplanung
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

DB AG - DB Immobilien
Baurecht II
CR.R 042
Tröndlinring 3
04105 Leipzig
www.deutschebahn.com/Eigentumsmanagement

██████████@deutschebahn.com
Telefon: +49 341 968 ██████████

Allgemeine Mail-Adresse:
DB.DBImm.Baurecht-Suedost@deutschebahn.com

Aktenzeichen: TÖB-BB-24-178508

17.05.2024

Stellungnahme zum Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf" und der 2. Änderung des Flächennutzungsplans

Strecke 6248 / Bahn-Km 46,4 - 47,3

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren.

Dem geplanten Verfahren wird **nicht zugestimmt**.

Im betroffenen Bereich bahnlinks befindet sich ab ca. km 46,82 erdverlegtes Streckenfernmeldekanal der DB InfraGO AG mit erdverlegter Kanalreserve +30,6m im km 47,250.

Das Fernmeldekanal ist zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes notwendig und darf durch das geplante Bauvorhaben nicht beeinträchtigt werden. Das Streckenfernmeldekanal muss jederzeit für Instandhaltungs- bzw. Reparaturmaßnahmen zugänglich bleiben.

Es dürfen über und unmittelbar neben dem Fernmeldekanal keine Erdabtragungen und/oder- Aufschüttungen erfolgen.

Das Streckenfernmeldekanal darf nicht überbaut werden. Zum Fernmeldekanal muss ein Mindestabstand von 1,0 m eingehalten werden. Sind die Bedingungen nicht einzuhalten, ist die Verlegung der Trasse einzuplanen.

Deutsche Bahn AG | Sitz: Berlin | Registergericht: Berlin-Charlottenburg
HRB 50 000 | USt-IdNr.: DE 811569869 | Vorsitz des Aufsichtsrats: Werner Gatzert
Vorstand: Dr. Richard Lutz (Vorsitz), Dr. Levin Holle, Berthold Huber, Dr. Daniela Gerd tom Markotten,
Dr. Sigrid Evelyn Nikutta, Evelyn Palla, Dr. Michael Peterson, Martin Seiler

Unser Anliegen:





Angaben zu Anlagen der Deutschen Bahn AG erfolgen nur auf Basis der vorhandenen Lagepläne. Die Lage des betroffenen Fernmeldekabels können Sie den beigefügten Planausschnitten entnehmen. Die Eintragungen sind zur Maßentnahme nicht geeignet.

Ein Kauf von Flächen aus dem Eigentum der DB AG ist **ausgeschlossen**.

Der Bebauungsplan der Photovoltaik-Freiflächenanlage (PV-Anlage) kollidiert in Teilbereichen mit den Planungen zum Bahn-Projekt „Ausbaustrecke Berlin – Dresden, 2. Baustufe, Projektabschnitt 3.1. (Abschnitt Elsterwerda – Landesgrenze Brandenburg). Betroffen sind geplante Baustelleneinrichtungsflächen sowie Maßnahmen der Landschaftspflegerischen Begleitplanung inklusive Artenschutzfachbeitrag.

Für das genannte Bahn-Projekt wird derzeit durch das Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Berlin, ein Planrechtsverfahren durchgeführt. Damit unterliegen die betroffenen Anlagen und Flächen einer Veränderungssperre. Die öffentliche Auslegung ist bereits abgeschlossen, die Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange und privat Betroffener liegen überwiegend vor und werden derzeit geprüft und erwidert.

Den Darstellungen ab Seite 15 unter der Überschrift „Allgemeines Eisenbahngesetz/Verwaltungsverfahrensgesetz wird widersprochen:

Es handelt sich nicht um das Vorhaben „Dresdner Bahn“ sondern um die Ausbaustrecke (ABS) Berlin – Dresden, 2. Baustufe. In der frühzeitigen Beteiligung wurde das Projekt „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe“, trotz Hinweises des Eisenbahn-Bundesamtes, Außenstelle Berlin, nicht berücksichtigt bzw. nicht beteiligt.

Im Rahmen der Stellungnahme der DBAG - DBImm vom 29.06.2023 wurde dem Vorhaben Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf nicht zugestimmt. Die Stellungnahme findet in der Begründung keine Berücksichtigung. Auch wurde keine Planungsänderung daraufhin veranlasst.

Der Einschätzung, dass erst mit Beginn der Auslegung und Anhörung (22.01.2024) der Planfeststellungsunterlagen für das Bahn-Projekt eine hinreichende Verfestigung der Fachplanung vorliegt, kann aus unserer Sicht nicht gefolgt werden. Der Antrag mit den vollständigen Antragsunterlagen für das Bahn-Projekt wurde bereits im Mai 2023 beim Eisenbahn-Bundesamt eingereicht. Welches Projekt im vorliegenden Konfliktfall den zeitlichen Vorsprung besitzt, sollte durch die zuständigen Behörden beurteilt werden.

Unter Punkt 6.2./6.4. fehlt die Anlage der DB (erdverlegtes Fernmeldekabel).

Zu Punkt 7: Wir weisen darauf hin, dass die Nutzung der Baustelleneinrichtungsflächen auch über das Jahr 2029 hinaus gehen kann. Die Bauzeitenplanung des Bahn-Projektes ist dahingehend noch nicht abgeschlossen. Maßgebend ist hier auch die betriebliche Einordnung der Bahnbaumaßnahmen, die teilweise mit einer Vollsperrung der Strecke einhergeht.

In Punkt 11.1. wird falsch abgeleitet, dass die bisherigen Stellungnahmen zu keiner Überarbeitung führen. Die DB hat einer Überbauung des Fernmeldekabels mit der PV-Anlage nicht zugestimmt (betrifft Fläche SO 1.4).

Anlage 04 – Planzeichnung B-Plan (Entwurf März 2024)

Das Flurstück 13 im Bereich der Fläche SO 1.4 wird uneingeschränkt (bauzeitlich und dauerhaft) für das Bahnbauprojekt benötigt und kann damit auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht für die PV-Anlage genutzt werden. Die Fläche ist aus dem Flächennutzungsplan zu entfernen.

Auf der Fläche SO 1.3. plant das Bahn-Projekt eine Baustelleneinrichtungsfläche. Die Flächen können erst für die PV-Anlage genutzt werden, wenn die Alternativflächen planrechtlich gesichert sind und die Konsequenzen aus der Umplanung bekannt sind.

Auf Teilbereichen der Flurstücke 22 und 24 im Bereich der Fläche SO 1.3. plant das Bahn-Projekt bislang Artenschutzmaßnahmen. Die Artenschutzmaßnahmen werden im Rahmen



der laufenden Alternativplanungen verlegt, auf den Flächenanspruch für diese Artenschutzmaßnahme wird daher im Weiteren verzichtet.

Auf die Fläche SO 1.4. verzichtet Swissspower gemäß den Vorabstimmungen bis zum Abzug der Baustelleneinrichtung des Bahn-Projektes. Das wird voraussichtlich nicht vor 2030 sein. Bis zu diesem Zeitpunkt darf keine bauliche Nutzung nach Teil B, I, TF 1 Nr. (2) folgen. Der genaue Zeitpunkt muss mit den Verantwortlichen des Bahn-Projektes abgestimmt werden.

Zu TF 2: SO 1.4.: Die beschriebene „Entlassung aus dem Planfeststellungsbeschluss“ ist nicht eindeutig. Die Fläche steht erst zur Verfügung, wenn die Bauausführung der Bahnbaumaßnahmen abgeschlossen ist und die Baustelleneinrichtungsfläche nicht mehr benötigt wird.

Das auf der Fläche SO 1.4. verlaufende Fernmeldekabel der DBInfraGO wird im Rahmen des Bahn-Projektes umverlegt. Eine Überbauung oder sonstige Beeinträchtigung des betrieblich wichtigen Kabels ist auszuschließen. Für die Umverlegung muss jederzeit Baufreiheit gewährleistet werden. Das Fernmeldekabel ist, ähnlich der Freileitung der Mitnetz Strom mbH, im Plan sichtbar zu machen. Eine Leitungsauskunft mit dem Verlauf des Kabels liegt Swissspower bereits vor.

Zufahrten zur PV-Anlage für Wartung und Instandhaltung sind nicht erkennbar. Es kann daher nicht beurteilt werden, ob möglicherweise Konfliktpotential während der Bauzeit des Bahn-Projektes zu erwarten sind. Diesbezüglich sind weitere Abstimmungen zwischen den Bauträgern beider Projekte zu führen.

Anlage 08 - Blendgutachten (Stand August 2023)

Auf Seite 10 unter Bild 3.3.1. gibt es einen Formatierungsfehler, der die Satzaussage verfälscht. Die zugrunde gelegten Lok- und Fahrzeugtypen sind unseres Erachtens nicht mehr aktuell und entsprechen auch nicht dem auf der Ausbaustrecke zu erwartenden Zugverkehr. Keine Erwähnung bzw. Berücksichtigung bei der Betrachtung des „Sonderfalls Zugführer“ finden beispielsweise ICE-Zuggattungen.

Es wird angezweifelt, dass die Messpunkte P1 und P2 repräsentativ zur Ermittlung der Blendwirkung auf den Zugführer sind. Es ist zu erklären, warum nur der Verkehr in Richtung Norden betrachtet wird, nicht der in Richtung Süden.

Östlich der Bahnstrecke wird im Rahmen der ABS Berlin-Dresden eine Lärmschutzwand bis 3,50 m Höhe über Schienenoberkante errichtet. Die Lärmschutzwand findet bislang keine Berücksichtigung im Blendgutachten (ggf. verbesserte Ausgangsbedingungen für die Betrachtung der B101).

Die Planung ist dahingehend zu präzisieren, ob es sich um eine nachgeführte PV-Anlage mit automatisch nach dem Sonnenstand ausgerichteten Solarmodulen handelt. Für diesen Fall ist das Blendgutachten gegebenenfalls entsprechend anzupassen.

Sonstige Auflagen und Hinweise

Die Zufahrt von der L59 und westlich entlang der Bahn ist für das Bahn-Projekt während der Bauausführung u.a. als Baustellenzufahrt ständig freizuhalten.

In bisheriger Auswertung der in der Anhörung zum Bahn-Projekt vorgetragenen Interessen und Einwände hat sich die DB InfraGo auch mit alternativen Lösungen zum Konflikt mit der PV-Anlage auseinandergesetzt. Dem voraus gingen bereits mehrfache Abstimmungen mit der Swissspower Renewables GmbH (Swissspower).

Die vorgenannten alternativen Lösungen erzeugen im Bahnprojekt neue Konflikte (Baulärm, Grundstücksbetroffenheiten, Umweltauswirkungen, Betroffenheiten Leitungen Dritter etc.), und müssen in aktualisierten Gutachten und Planungen erst verarbeitet werden. Nach Fertigstellung der Umplanungen müssen diese als Planänderung in das laufende Planfeststellungsverfahren eingebracht werden und erneut durch das Eisenbahn-Bundesamt zur Anhörung gebracht werden.



Es ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, konkrete Aussagen zu den geplanten Änderungen zu übermitteln. Darüber hinaus ist nicht absehbar, welche Einwände zu den alternativen Lösungen vorgetragen werden, die einer erneuten Anpassung bedürfen. Für die Planungen der PV-Anlage OT Wainsdorf gelten daher aus Sicht der Vorhabenträgerin (DBInfraGO AG) die mit diesem Schreiben formulierten Vorbehalte.

Blendwirkung durch die PVA sind auszuschließen und der Nachweis des Ausschlusses mittels Vorlage eines Blendgutachtens zu erbringen. Das übergebene Blendgutachten ist nicht ausreichend, in mehreren Punkten nachzubessern und erneut vorzulegen.

Der Zugang zu den Bahnanlagen sowie die Nutzung des parallel links zur Eisenbahnstrecke verlaufenden Feldweges ist jederzeit zu gewährleisten und auch nach Umsetzung der Maßnahme zu erhalten, da dieser durch die DB AG als Zuwegung für die Instandhaltung der Eisenbahnanlagen sowie als Zufahrt für Rettungsfahrzeuge zwingend erforderlich ist, unabhängig davon, ob er auf Liegenschaften der DB AG oder Dritten verläuft. Die am nördlichen Rand der PV-Anlage vorgesehene Baumpflanzung ist dahingehend anzupassen.

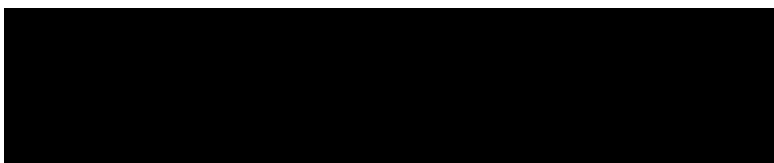
Aufgrund der Nähe zu unseren Bahnanlagen weisen wir auf das Risiko einer Brandentstehung und Emissionen im Zusammenhang des Bahnbetriebes und der Bautätigkeiten hin und bitten dies in den weiteren Planungen zu beachten, dass jegliche Schadensersatzansprüche aus diesen Faktoren ausgeschlossen sind. Ein Anspruch auf Rückschnitt von Bewuchs zur Beseitigung von Verschattung auf Kosten der Bahn ist ebenso ausgeschlossen. Wir empfehlen den Feldweg als befahrbaren Schutzstreifen zwischen Bahn und Photovoltaikanlage zu planen, welcher gleichzeitig als Brandschutzstreifen zum gegenseitigen Schutz fungieren sollte. Die Erstellung und Vorlage eines Brandschutzkonzeptes sind zwingend erforderlich.

Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

DB AG - DB Immobilien



Bitte beachten Sie: Ab 1. Januar 2024 wurden die DB Netz AG und die DB Station&Service AG in eine neue Gesellschaft zusammengeführt: die DB InfraGO AG. Die alten Firmenbezeichnungen (DB Netz AG / DB Station & Service AG) sind zum Jahreswechsel erloschen. Weitere Informationen finden Sie hier: <http://www.dbinfra.go.com/>

Datenschutzhinweis: Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die in Stellungnahmen des DB Konzerns enthaltenen personenbezogenen Daten von DB Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vor- und Nachname, Unterschriften, Telefon, E-Mail-Adresse, Postanschrift) vor der öffentlichen Auslegung (insbesondere im Internet) geschwärzt werden müssen.

[Chatbot Petra](#) steht Ihnen bei allgemeinen Fragen rund um immobilienrelevante Angelegenheiten gerne zur Verfügung.

Nutzen Sie dafür folgenden Link oder den QR-Code: <https://chatbot-petra.tech.deutschebahn.com/>





Eisenbahn-Bundesamt, Postfach 41 05 64, 12115 Berlin

allein per E-Mail:
beteiligung@planundrecht.de

Bearbeitung: [REDACTED]
Telefon: +49 (30) 77007-[REDACTED]
Telefax: +49 (30) 77007-[REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@eba.bund.de
sb1-bln@eba.bund.de
Internet: www.eisenbahn-bundesamt.de
Datum: 25.04.2024

Geschäftszeichen (bitte im Schriftverkehr immer angeben)
51122-511pt/061-2312#022

EVH-Nummer:

Betreff: **Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ und parallele Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland**
Bezug: Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB), Ihr Schreiben vom 23.04.2024, Az. Arndt
Anlagen: 0

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Schreiben ist am 24.04.2024 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.

Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Bauleitplanung „Photovoltaik - Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ berührt. Ein Teil des Bebauungsplangebietes ist Gegenstand der Planfeststellungsverfahren „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe, PFA 3.1“ und „EÜ Wainsdorf“.

Hausanschrift:
Steglitzer Damm 117, 12169 Berlin
Tel.-Nr. +49 (30) 77007-0
Fax-Nr. +49 (30) 77007-5101
De-Mail: poststelle@eba-bund.de-mail.de

Überweisungen an Bundeskasse Trier
Deutsche Bundesbank, Filiale Saarbrücken
BLZ 590 000 00 Konto-Nr. 590 010 20
IBAN DE 81 5900 0000 0059 0010 20 BIC: MARKDEF1590
Leitweg-ID: 991-11203-07

Sie beabsichtigen, im Bereich westlich der Eisenbahntrasse und nördlich der Hauptstraße in Wainsdorf einen Bebauungsplan für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage aufzustellen. Bereits im Zuge der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und TöB nach § 4 Abs. 1 BauGB hatte ich Sie mit Schreiben vom 12.06.2023 auf die Kollision beider Planungen aufmerksam gemacht. Dies gilt zum einen für Flächen, die zur Errichtung von Eisenbahnbetriebsanlagen benötigt werden. Zum anderen auch für Flächen für die naturschutzfachliche Kompensation (Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB, § 38 Rn. 11). Es gilt für beide die Flächen der Vorrang der Fachplanung nach § 38 BauGB.

Fremde Planungsabsichten sind im Rahmen eigener Planungen zu berücksichtigen, soweit diese Absichten bereits hinreichend konkret sind und sich verfestigt haben. Letzteres setzt in der Regel die Auslegung des Planentwurfs voraus (Rieger in Schrödter, BauGB, § 38 Rn. 29).

Die Auslegung der Planunterlagen für die eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahren „ABS Berlin – Dresden, 2. Baustufe, PFA 3.1“ und „EÜ Wainsdorf“ fanden in der Zeit vom 22.01.24 bis 21.02.24 statt. Demgegenüber findet die Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes „Photovoltaik-Freiflächenanlage – Ortsteil Wainsdorf“ zum aktuellen Zeitpunkt statt.

Entgegen der Darstellung in der Begründung zum geänderten Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan genießen diese Planungen keinen Vorrang gegenüber der eisenbahnrechtlichen Fachplanung. In den Verfahren der Gemeinde Röderland fanden zu beiden Planungen bisher lediglich die frühen Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB statt. Danach ist die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, über sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und über die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten. Ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Die Bürger sollen auf den Inhalt der Planung noch Einfluss nehmen können. Sie ist Vorbild für die Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungen durch eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 VwVfG, die der Öffentlichkeit ebenfalls die Möglichkeit geben soll, nicht nur ihre Betroffenheit zu artikulieren, sondern auch auf die Projektgestaltung Einfluss zu nehmen. Denn diese soll bereits zu einem Zeitpunkt stattfinden, in dem Einzelheiten der Planung noch nicht abschließend feststehen und die Öffentlichkeit noch Einfluss auf den Planinhalt nehmen kann. (BeckOK Spannowsky/Uechtritz, BauGB, § 3 Rn. 16a m. w. N.).

Die konkreten Entwürfe der Bauleitpläne, ihre Begründungen und die nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden erst im Anschluss nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats ausgelegt. Dies stellt den Verfahrensschritt der förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung dar. Erst ab diesem Zeitpunkt gilt die Planung demnach als hinreichend verfestigt.

Damit genießt die eisenbahnrechtliche Fachplanung der Planfeststellungsverfahren „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe, PFA 3.1“ und „EÜ Wainsdorf“ gegenüber der gemeindlichen Planung zur

Photovoltaik-Freiflächenanlage zeitlichen Vorrang. Ich bitte um Korrektur ihrer diesbezüglichen Ausführungen in der Begründung zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan. Unabhängig von den vorgehenden Ausführungen steht die Fachplanung der gemeindlichen Bauleitplanung jedoch insoweit nicht entgegen, als ein Teil der Fläche für die Baustelleneinrichtung zur Durchführung des Fachplanungsvorhabens benötigt und damit für diese Zwecke planfestgestellt wird. Dieser Flächenbedarf ist nur zeitweilig. Mit dem Abschluss der Arbeiten steht die Fläche wieder zur Verfügung.

Gemäß der Aussage der DB InfraGO AG und der Stellungnahme der Swisspower Renewables GmbH vom 18.03.2024 aus der Beteiligung zum hier anhängigen Planfeststellungsverfahren „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe, PFA 3.1“ haben bereits Abstimmungen zwischen den Beteiligten hierzu stattgefunden. Es konnten Kompromisse gefunden werden. Eine abschließende Klärung zu den Überschneidungen der beiden Planungen steht aber nach Aussage der DB InfraGO AG noch aus. Die DB InfraGO AG wird nach unserer Kenntnis in Ihrem Bebauungsplanverfahren ebenfalls eine Stellungnahme abgeben.

Das Eisenbahn-Bundesamt wird sich im Rahmen seiner Entscheidungen in den Planfeststellungsverfahren mit den Zielen der beabsichtigen gemeindlichen Bauleitplanung zur Photovoltaik-Freiflächenanlage entsprechend den rechtlichen Vorgaben auseinandersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag





Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI11, Riesaer Str. 5, 01129 Dresden

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

██████████ | T NL Ost, PTI11

+49 355 ██████████ | ██████████@telekom.de

**4. April 2024 | Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf" und 2. Änderung des Flächennutzungsplans,
Reg. Nr.: 109262660**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Geltungsbereich des o.g. Bebauungsplanes befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom.

Eine Überbauung unserer Anlage ist nicht gestattet, der Zugang zu der Telekommunikationsanlage sowie der unterbrechungsfreie Betrieb muss auch während der gesamten Baumaßnahme gewährleistet sein. Wir bitten Sie deshalb, unsere Trasse bei Ihren Planungen zu berücksichtigen, so dass sie in ihrer Lage möglichst nicht verändert werden muss. Sollte der Rückbau oder die Umverlegung von einzelnen Hausanschlüssen notwendig sein, bitten wir um rechtzeitige Benachrichtigung und Abstimmung.

Die Telekom plant zum jetzigen Zeitpunkt keinen Ausbau für das von Ihnen im Bebauungsplan festgehaltenen Plangebiet.

Wir bitten Sie, diese Planunterlage nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.

Sollte entgegen der Planung ein Telekommunikationsanschluss benötigt werden, wenden Sie sich bitte an den Bauherrenservice.

Kontakt zur Bauherrenberatung:

Kostenlose Hotline: 0800 33 01903

Montag – Freitag von 08:00 Uhr – 20:00 Uhr, Samstag von 08:00 Uhr – 16:00 Uhr

Online: <https://www.telekom.de/hilfe/bauherren>

Deutsche Telekom Technik GmbH | , | +49 228/181-0 | www.telekom.com

Konto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 248 586 68 | IBAN: DE17 5901 0066 0024 8586 68 | SWIFT-BIC: PBNKDEFF590
Aufsichtsrat: Srinivasan Gopalan (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Abdurazak Mudesir (Vorsitzender), Peter Beutgen, Christian Kramm
Handelsregister: Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | USt-IdNr. DE 814645262

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der Telekommunikationslinien vermieden werden. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden über die zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH informieren. Tiefbaufirmen, Versorgungsbetriebe und Behörden können die Planauskünfte jederzeit und kostenlos über die Internetanwendung „Trassenauskunft Kabel“ unter <<https://trassenauskunftkabel.telekom.de>> beziehen. Voraussetzung dazu ist der Abschluss eines Nutzungsvertrages.

Die Aufgrabungsanzeigen (Schachtscheine) werden nur in Ausnahmefällen manuell bearbeitet. Hierbei kann es jedoch zu verlängerten Bearbeitungszeiten kommen.

Für diese Fälle bitten wir Ihre Unterlagen schriftlich an

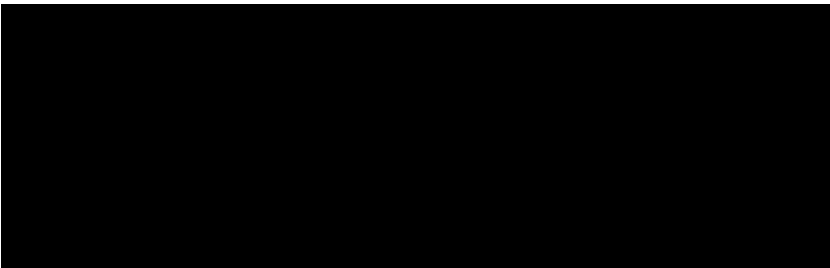
Deutsche Telekom Technik GmbH
Technik Niederlassung Ost
PTI 11 Auftragssteuerung
Riesaer Str. 5
01129 Dresden

zu senden.

Hinweis: Um eine schnellere Bearbeitung Ihres Anliegens zu ermöglichen, bitten wir Sie zukünftig um eine genaue Mitteilung der Örtlichkeit Ihres Bauvorhabens im Format Straße, Hausnummer, PLZ und Ort. Falls keine Bebauung vorhanden ist, bitten wir um Benennung der nächstgelegenen Adresse.

Die Kabelschutzanweisung der Telekom Deutschland GmbH ist zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen



Name/Bezeichnung des Projektes:

- Name:

Anschrift/Örtlichkeit der Baumaßnahme:

- Straße(n):
- PLZ:
- Ort:
- Gemeinde/Ortsteil:

Daten des Investors/Bauträgers:

- Name:
- Adresse:
- Telefon:
- Mobilnummer:
- E-Mail:

Ansprechpartner zur Koordinierung (zur zeitlichen und örtlichen Abstimmung der Bauausführung):

- Name:
- Telefon:
- Mobilnummer:
- E-Mail:

Ansprechpartner für die Hauseinführung und das Hausnetz (zur zeitlichen und örtlichen Abstimmung der Bauausführung):

- Name:
- Telefon:
- Mobilnummer:
- E-Mail:

Eigentümer des Grundstückes bzw. Name des Erschließungsträgers:

- Name:
- Adresse:
- Telefon:
- Mobilnummer:
- E-Mail:

Termine:

- Geplanter Baustart:
- Anzahl der Bauabschnitte:
 - Unterschiedliche Fertigstellungstermine der einzelnen Bauabschnitte (ja/nein, wenn ja bitte aufschlüsseln):
- Voraussichtlich geplantes Bauende:
- Erstbezugstermin:

Erschließungsmaßnahmen:

- Entstehen auf dem Baufeld neue öffentliche und/oder private Straßen (ja/nein)?
- Sind dadurch Erschließungsmaßnahmen in nicht öffentlichen Straßen notwendig (ja/nein)?
- Sind Gerüstbauarbeiten am Objekt geplant, welche die Hauszuführungsarbeiten beeinträchtigen können (ja/nein, Zeitraum von - bis)?
- Werden öffentliche Gehwege durch Bauarbeiten, Baucontainer etc. beeinträchtigt (ja/nein, Bereich und Zeitraum von - bis)?

Angaben zur Baumaßnahme:

- Anzahl der geplanten Hausnummern:
- Anzahl der geplanten Hausanschlussräume:
- Anzahl der geplanten Wohneinheiten:
- Anzahl der geplanten Geschäftseinheiten:
 - Ist absehbar, dass es für zukünftige Geschäftskunden einen Bedarf an speziellen Datenleitungen (z. B. jenseits von 1 Gbit/s) geben wird?
- Besonderheiten des Gebäudes/der Nutzung (z. B. Studentenwohnheim, Hotel)?
- Sind andere TK-Versorgungsunternehmen an der Erschließung beteiligt?

Angaben zu Eigenleistungen seitens des Bauherren:

- Bereitstellung des Kabelgrabens bauseits (ja/nein)?
- Leerrohrverlegung durch Bauherren zur Nutzung durch die Telekom (ja/nein)?
- Leerrohrsystem für Inhouse-Netz wird gestellt (ja/nein)?
- Ein bauherrenseitiges Inhouse-Netz in Glasfaserbauweise wird gestellt (ja/nein)?

Ergänzende Dokumente/Planungsunterlagen:

Bitte fügen Sie Ihrer Antwort die Ihnen zum aktuellen Zeitpunkt vorliegenden Unterlagen bei – z. B.:

Amtliche Dokumente:

- Hausnummernbescheid
- Bebauungsplan
- Erschließungsplan

Terminierung:

- Bauzeitenplan

Grundstückspläne:

- Grundstückspläne
- Grundrisspläne mit Trassenlage der geplanten Erschließung

Objektpläne:

- Grundrisspläne mit Trassenlage der geplanten Erschließung
- Lage der Hausanschlussräume der jeweiligen Grundstücke/Gebäude
- Elektro-Strangpläne
- Gebäude-Grundrisspläne

KABELSCHUTZANWEISUNG

Anweisung zum Schutze unterirdischer Telekommunikationslinien der Deutschen Telekom bei Arbeiten Anderer



Bearbeitet und Herausgegeben von der Telekom Deutschland GmbH

Telekommunikationslinien als Bestandteil des Telekommunikationsnetzes der Telekom Deutschland GmbH sind alle unter- oder oberirdisch geführte Telekommunikationskabelanlagen, einschließlich ihrer zugehörigen Schalt- und Verzweigungseinrichtungen, Masten und Unterstützungen, Kabelschächte und Kabelkanalrohre, sowie weitere technische Einrichtungen, die für das Erbringen von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten erforderlich sind (§ 3 Nr. 26 TKG).

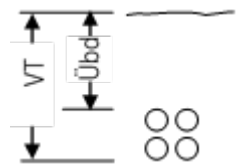
Unterirdisch verlegte Telekommunikationslinien können bei Arbeiten, die in ihrer Nähe am oder im Erdreich durchgeführt werden, leicht beschädigt werden. Durch solche Beschädigungen wird der für die Öffentlichkeit wichtige Telekommunikationsdienst der Telekom Deutschland GmbH erheblich gestört. Beschädigungen an Telekommunikationslinien sind nach Maßgabe der § 317 StGB strafbar, und zwar auch dann, wenn sie fahrlässig begangen werden. Außerdem ist derjenige, der für die Beschädigung verantwortlich ist, der Telekom Deutschland GmbH zum Schadensersatz verpflichtet. Es liegt daher im Interesse aller, die solche Arbeiten durchführen, äußerste Vorsicht walten zu lassen und dabei insbesondere Folgendes genau zu beachten, um Beschädigungen zu verhüten.

1. Bei Arbeiten jeder Art am oder im Erdreich, insbesondere bei Aufgrabungen, Pflasterungen, Bohrungen, Baggerarbeiten, Grabenreinigungsarbeiten, Setzen von Masten und Stangen, Eintreiben von Pfählen, Bohrern und Dornen, besteht immer die Gefahr, dass Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH beschädigt werden.

2. Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH werden nicht nur in oder an öffentlichen Wegen, sondern auch durch private Grundstücke (z.B. Felder, Wiesen, Waldstücke) geführt. Die Telekommunikationslinien werden gewöhnlich auf einer Grabensohle (Verlegetiefe VT) von 60 cm (in Einzelfällen 40 cm) bis 100 cm ausgelegt; im Trenchingverfahren (s. Seite 5) eingebrachte Anlagen haben eine Überdeckung (Übd) von mindestens 6 cm.

Beim Trenching werden durch Säge- oder Frästechnik verschieden breite und tiefe Schlitzte bzw. Gräben direkt in Böden, Asphalt und Beton eingebracht, in welche Rohre mit Glasfaserkabeln eingelegt werden.


Eine abweichende Tiefenlage ist bei Telekommunikationslinien wegen Kreuzungen anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderung der Deckung durch Straßenumbauten u. dgl. und aus anderen Gründen möglich. Kabel können in Röhren eingezogen, mit Schutzhauben aus Ton, mit Mauersteinen o.ä. abgedeckt, durch Trassenwarnband aus Kunststoff, durch elektronische Markierer gekennzeichnet oder frei im Erdreich verlegt sein. Röhren, Abdeckungen und Trassenwarnband aus Kunststoff schützen die Telekommunikationslinien jedoch nicht gegen mechanische Beschädigungen. Sie sollen lediglich den Aufgrabenden auf das Vorhandensein von Telekommunikationslinien aufmerksam machen (Warnschutz).



Bei Beschädigung von Telekommunikationslinien¹ der Telekom Deutschland GmbH, kann Lebensgefahr für damit in Berührung kommende Personen bestehen.


Von unbeschädigten Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH mit isolierender Außenhülle gehen auf der Trasse keine Gefahren aus.

Von Erdern und erdfühlig verlegten Kabeln (Kabel mit metallischem Außenmantel) können insbesondere bei Gewitter Gefahren ausgehen. Gem. DIN VDE 0105 Teil 100, Abschnitt 6.1.2 Wetterbedingungen, sollen bei Gewitter die Arbeiten an diesen Anlagen eingestellt werden.

Glasfaserkabel sind auf der Kabelaußenhülle mit einem  gekennzeichnet. Hier kann es bei einem direkten Hineinblicken in den Lichtwellenleiter zu einer Schädigung des Auges kommen. Bei Beschädigung von Telekommunikationslinien gilt immer:

Alle Arbeiter müssen sich aus dem Gefahrenbereich der Kabelbeschädigung entfernen. Die Telekom Deutschland GmbH ist unverzüglich und auf dem schnellsten Wege zu benachrichtigen, damit der Schaden behoben werden kann.

3. Vor der Aufnahme von Arbeiten am oder im Erdreich der unter Ziffer 1 bezeichneten Art ist deshalb entweder über das Internet unter der Adresse <https://trassenauskunftkabel.telekom.de> oder bei der für das Leitungsnetz zuständigen Niederlassung (Telekontakt: 0800/3301000) festzustellen, ob und wo in der Nähe der Arbeitsstelle Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH liegen, die durch die Arbeiten gefährdet werden können.

Teilweise sind Telekommunikationslinien metallfrei ausgeführt und mit elektronischen Markierern gekennzeichnet. Diese Markierer (Frequenzen der passiven Schwingkreise gemäß 3M-Industriestandard 101,4 kHz) sind im Lageplan mit  dargestellt und mit geeigneten marktüblichen Ortungsgeräten sicher zu lokalisieren.

4. Sind Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH vorhanden, so ist die Aufnahme der Arbeiten der zuständigen Niederlassung rechtzeitig vorher schriftlich, in eiligen Fällen telefonisch voraus, mitzuteilen, damit - wenn nötig, durch Beauftragte an Ort und Stelle - nähere Hinweise über deren Lage gegeben werden können.

5. Jede unbeabsichtigte Freilegung bzw. Beschädigung von Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH ist der zuständigen Niederlassung unverzüglich und auf dem schnellsten Wege zu melden. Ist ein direkter Ansprechpartner nicht bekannt, so kann eine Schadensmeldung über die App „Trassen Defender“ (erhältlich im Google Playstore und Apple Store), <https://trassenauskunftkabel.telekom.de> „Kabelschaden melden“ oder unter 0800/3301000 gemeldet werden.

Freigelegte Telekommunikationslinien sind zu sichern und vor Beschädigung und Diebstahl zu schützen. Die Erdarbeiten sind an Stellen mit freigelegten Kabeln bis zum Eintreffen des Beauftragten der Telekom Deutschland GmbH einzustellen.

6. Bei Arbeiten in der Nähe von unterirdischen Telekommunikationslinien dürfen spitze oder scharfe Werkzeuge (Bohrer, Spitzhacke, Spaten, Stoßeisen) nur so gehandhabt werden, dass sie höchstens bis zu einer Tiefe von 10 cm über der Telekommunikationslinie in das Erdreich eindringen. Für die weiteren Arbeiten sind stumpfe Geräte, wie Schaufeln usw., zu verwenden, die möglichst waagrecht zu führen und vorsichtig zu handhaben sind. Spitze Geräte (Dorne, Schnurpfähle) dürfen oberhalb von Telekommunikationslinien nur eingetrieben

¹ Betrieben werden u.a.:

- Telekomkabel (Kupferkabel und Glasfaserkabel)
- Telekomkabel mit Fernspeisestromkreisen
- Kabel (Energiekabel), die abgesetzte Technik mit Energie versorgen

werden, wenn sie mit einem fest angebrachten Teller oder Querriegel versehen sind, um ein zu tiefes Eindringen zu verhindern und damit eine Beschädigung der Telekommunikationslinien sicher auszuschließen. Da mit Ausweichungen der Lage oder mit breiteren Kabelrohrverbänden gerechnet werden muss, sind die gleichen Verhaltensmaßnahmen auch in einer Breite bis zu 50 cm rechts und links der Telekommunikationslinie zu beachten. Bei der Anwendung maschineller Baugeräte in der Nähe von Telekommunikationslinien ist ein solcher Abstand zu wahren, dass eine Beschädigung der Telekommunikationslinie ausgeschlossen ist. Ist die Lage oder die Tiefenlage nicht bekannt, so ist besondere Vorsicht geboten. Gegebenenfalls muss der Verlauf der Telekommunikationslinie durch in vorsichtiger Arbeit herzustellender Querschläge ermittelt werden.

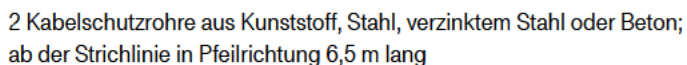
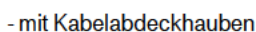
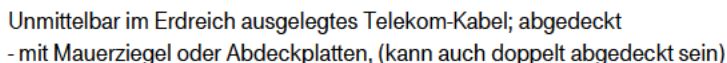
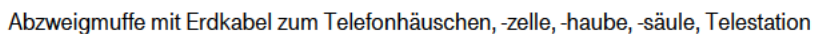
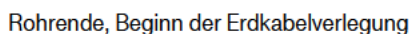
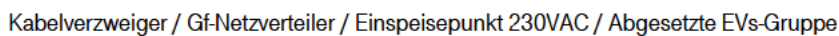
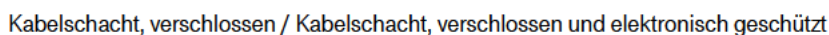
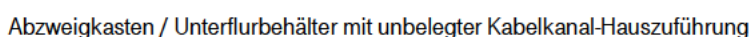
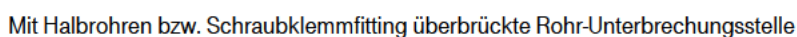
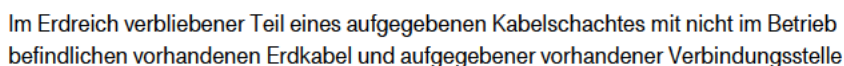
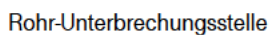
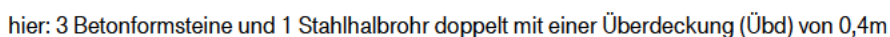
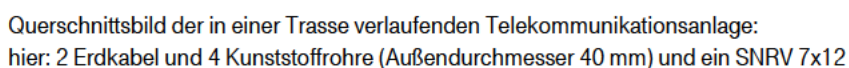
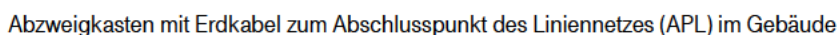
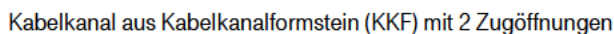
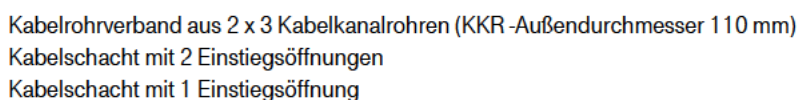
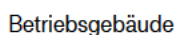
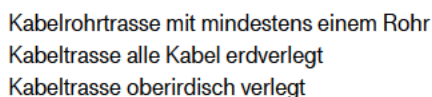
7. In Gräben, in denen Kabel freigelegt worden sind, ist die Erde zunächst nur bis in die Höhe des Kabelauflagers einzufüllen und fest zu stampfen. Dabei ist darauf zu achten, dass das Auflager des Kabels glatt und steinfrei ist. Sodann ist auf das Kabel eine 10 cm hohe Schicht loser, steinfreier Erde aufzubringen und mit Stampfen fortzufahren, und zwar zunächst sehr vorsichtig mittels hölzerner Flachstampfer. Falls sich der Bodenaushub zum Wiedereinfüllen nicht eignet, ist Sand einzubauen. Durch Feststampfen steinigem Boden unmittelbar über dem Kabel kann dieses leicht beschädigt werden.

8. Bei der Reinigung von Wasserdurchlässen, um die Telekommunikationslinien herumgeführt sind, sind die Geräte so vorsichtig zu handhaben, dass die Telekommunikationslinien nicht beschädigt werden.

9. Jede Erdarbeiten ausführende Person oder Firma ist verpflichtet, alle gebotene Sorgfalt aufzuwenden. Insbesondere müssen Hilfskräfte genauestens an- und eingewiesen werden, um der bei Erdarbeiten immer bestehenden Gefahr einer Beschädigung von Telekommunikationslinien zu begegnen. Nur so kann sie verhindern, dass sie zum Schadenersatz herangezogen wird.

10. Die Anwesenheit eines Beauftragten der Telekom Deutschland GmbH an der Aufgrabungsstelle hat keinen Einfluss auf die Verantwortlichkeit des Aufgrabenden in Bezug auf die von der Person verursachten Schäden an Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH. Der Beauftragte der Telekom Deutschland GmbH hat keine Anweisungsbefugnis gegenüber den Arbeitskräften der die Aufgrabung durchführenden Firma.

Stand: 01.05.2020



	Kabelmarke (aus Kunststoff) oder Kabelmerkstein (aus Beton)
	Kabelmarke mit elektronischem Markierer
	elektronischer Markierer ohne Kabelmarke (unterirdisch verlegt)
	Kennzeichnung der Einmessachse durch eine Strichlinie, auf die alle Abstand-Maße zum Kabelverband (Kabel Nr. 4 bis 6) bezogen sind.
	Hinweis auf Gefährdung durch Fernspeisung, soweit der Grenzwert nach VDE 800, Teil 3 überschritten wird und Ortsspeisung mit 230 V(AC)/400V(DC)
	Schirmleiter über Erdkabel
	- Fremdes Starkstromkabel / fremdes Fernmeldekabel (+Text)
	- Rohrleitung für flüssige oder gasförmige Stoffe (Gas, Wasser, Erdöl, Fernheizung)
	Erder aus Kupferseil / verzinktem Stahldraht als Oberflächenerder
	Oberflächenerder mit abschließendem Tiefenerder (Erdungsstab)
	Korrosionsschutzeinrichtung / Potentialmess- oder -abgleichpunkt in EVz-Säule
	Erdkabelmesspunkt
	über Stchkabel angeschlossene Wannenmuffe mit ZWR in direkter Nähe an einer Muffe / BK-Verstärkergehäuse
	Muffe mit über Stchkabel angeschlossener Wannenmuffe mit ZWR in >2m Entfernung zu einer VS
	Mast, Beginn der Luftkabelverlegung
	Abschlusspunkt des Liniennetzes (APL) Kupfer Glasfaser-Abschlusspunkt (Gf-AP)
	Kabel mit Verlegepflug eingepflügt
	Rohr mit Verlegepflug eingepflügt
	Rohr mit Spülbohrverfahren eingebracht
	Rohr mit Bodenverdrängung eingebracht
	Rohr/SNRV mit N anotrenching eingebracht.
	Rohr/SNRV mit M ikrotrenching eingebracht.
	Rohr/SNRV mit M initrenching eingebracht.
	Rohr/SNRV mit M akro-/ L öffeltrenching eingebracht.

Telekommunikationslinien werden als Einstrichdarstellung im Lageplan dargestellt. Der tatsächliche Umfang der Anlage ist der Querschnittsdarstellung zu entnehmen.

Lediglich die in den Plänen vermerkten Maße (nicht die zeichnerische Darstellung!) geben einen Anhalt für die Lage der dargestellten Telekommunikationslinien. Einmessungen an Kabelrohrverbänden beziehen sich auf die Mitte der Kabelschacht-Abdeckung. Alle Maße sind in Meter vermerkt.

Bitte beachten Sie, dass es aufgrund von nachträglicher Bautätigkeit zu Veränderungen in der Verlegetiefe der Telekommunikationslinien kommen kann! Im Bereich von Verbindungsmuffen, Rohrunterbrechungen und Kabelverbänden ist mit größeren Ausbiegungen der Kabellage zu rechnen!

Im Bereich der Kabeleinführungen von Multifunktionsgehäusen, Kabelverzweigern und sonstigen Verteileinrichtungen ist besondere Vorsicht geboten.

Kreuzungen und Näherungen von Starkstromkabeln und Rohrleitungen sind nur eingezeichnet worden, soweit sie bei Arbeiten an den Telekommunikationslinien vorgefunden wurden oder in anderer Weise nachträglich bekanntgeworden sind.

Oberflächenmerkmale und deren Abkürzungen sind der DIN 18 702 „Zeichen für Vermessungsrisse, großmaßstäbige Karten und Pläne“ zu entnehmen.

Von: noreply.bauleitplanung@BNetzA.DE
Gesendet: Montag, 22. April 2024 07:09
An: beteiligung@planundrecht.de; [REDACTED]@planundrecht.de
Betreff: 54849: Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlage/n >200qm in Röderland OT Wainsdorf; Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf

BNetzA Vorgangsnummer: 54849
Ihr Zeichen: Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf
Ihre Nachricht vom: 25.03.2024
Prüfgebiet Ort: Röderland OT Wainsdorf, LK Elbe-Elster
Prüfgebiet Koordinaten (WGS84 Grad/Min./Sek.):
NW: 13° E 30' 33,89" 51° N 25' 39,29"
SO: 13° E 36' 08,18" 51° N 24' 17,27"

Überprüfung der Betroffenheit funktechnischer Einrichtungen in Ihrem Plangebiet; Marktstammdatenregister (MaStR) =====

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Grundlage der von Ihnen zur Verfügung gestellten Angaben möchte ich im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens auf Folgendes hinweisen:

Beeinflussungen von Richtfunkstrecken, Radaren und Funkmessstellen der Bundesnetzagentur durch neue Bauwerke mit Bauhöhen unter 20 m sind nicht sehr wahrscheinlich. Die o. g. Planung sieht keine Bauhöhen von über 20 m vor. Entsprechende Untersuchungen zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe sind daher nicht erforderlich. Da die Belange des Richtfunks u. a. durch die Planung nicht berührt werden, erfolgt meinerseits keine weitere Bewertung.

Photovoltaikanlagen können den Empfang nahgelegener Funkmessstellen der Bundesnetzagentur beeinträchtigen. Für Bauplanungen von Photovoltaikanlagen ab einer Fläche von ca. 200 m², die sich in Nachbarschaft zu Funkmessstellen der Bundesnetzagentur befinden, wird daher eine frühzeitige Beteiligung der Bundesnetzagentur als Träger öffentlicher Belange empfohlen.

Die Prüfung ergab für Ihr Plangebiet folgendes Ergebnis:

FUNKMESSSTELLEN DER BNETZA:

=====

Es sind keine Funkmessstandorte der BNetzA betroffen.

Hinweise zum Marktstammdatenregister (MaStR)

=====

Der Gesetzgeber hat 2014 damit begonnen ein neues Register einzuführen und die Bundesnetzagentur mit seiner Einrichtung und seinem Betrieb beauftragt: Das Marktstammdatenregister (MaStR). Die Bundesnetzagentur stellt das MaStR als behördliches Register für den Strom- und Gasmarkt auf der Basis von § 111e und § 111f EnWG sowie der Verordnung über die Registrierung energiewirtschaftlicher Daten (MaStRV) zur Verfügung.

Die Registrierung im <http://www.marktstammdatenregister.de/> ist für alle Solaranlagen verpflichtend, die unmittelbar oder mittelbar an ein Strom- bzw. Gasnetz angeschlossen sind oder werden sollen. Die Pflicht besteht unabhängig davon, ob die Anlagen eine Förderung nach dem EEG erhalten und unabhängig vom Inbetriebnahmedatum.

Eine Registrierung von Einheiten in der Entwurfs- oder Errichtungsphase, deren Inbetriebnahme geplant ist (Projekte), ist nach der MaStRV verpflichtend, wenn diese eine Zulassung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz benötigen.

Wenn eine Förderung für eine Solaranlage in Anspruch genommen wird, kann diese nur dann ohne Abzüge ausbezahlt werden, wenn die gesetzlichen Registrierungspflichten und -fristen eingehalten wurden. Wenn die Frist überschritten ist, wird die Zahlung vom Netzbetreiber zurückgehalten. Außerdem erlischt bei einer Fristüberschreitung der Förderanspruch möglicherweise teilweise oder vollständig und wird auch nicht nachgezahlt.

Grundsätzlich handeln Sie ordnungswidrig, wenn Sie eine Registrierung im Marktstammdatenregister nicht rechtzeitig vornehmen.

Hinweise zum Beteiligungsverfahren der Bundesnetzagentur

=====

Beachten Sie bitte für Ihr geplantes Vorhaben auch die Hinweise auf unserer Internetseite www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung.

Nutzen Sie bitte immer für die Beteiligung der Bundesnetzagentur das auf der Internetseite verfügbare 'Formular Bauleitplanung', welches Sie unter folgendem Link direkt herunterladen können.
www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Telekommunikation/Unternehmen_Institutionen/Frequenzen/Firmennetze/FormularRichtfunk.pdf

Senden Sie das vollständig ausgefüllte Formular zusammen mit den zugehörigen Planungsunterlagen immer an die folgende E-Mail-Adresse.
226.Postfach@BNetzA.de

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Team Bauleitplanung

226
Richtfunk; Ortungs-, Navigations-, Flugfunk, Campusnetze
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin
Telefon: 030 22480-509
E-Mail: 226.Postfach@BNetzA.de
www.bundesnetzagentur.de
www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung

Datenschutzhinweis: www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz

Plan und Recht GmbH

Von: Verkehrsmanagement Elbe-Elster <info@verkehrsmanagement-elbeelster.de>
Gesendet: Dienstag, 2. April 2024 09:02
An: beteiligung@planundrecht.de
Betreff: WG: Gemeinde Röderland - Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf" und 2. Änderung des Flächennutzungsplans

Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Sehr geehrter [REDACTED],

die VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH hat keine Einwendungen zur o.g. Maßnahme.

Freundliche Grüße

[REDACTED]
Mitarbeiter Verkehrsorganisation/Betriebssicherheit
Tel: 03531/6500 [REDACTED]

VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH
Nach dem Horst 43, 03238 Finsterwalde
Tel: 03531/6500-0, Fax: 03531/61733
Web: <http://www.vmee.de>
<http://facebook.com/verkehrsmanagementelbeelster>
infra@vmee.de

Sitz der Gesellschaft: 03238 Finsterwalde Handelsregister beim Amtsgericht Cottbus HRB 2036
Geschäftsführer: [REDACTED]

Wichtige Hinweise

Der Empfang von E-Mails durch die VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH erfolgt grundsätzlich über die Mail-Adresse info@verkehrsmanagement-elbeelster.de

Der Empfang von Dateianhängen ist auf eine Größe von 10 MB pro E-Mail begrenzt.



Bitte prüfen Sie vorher, ob ein Ausdruck dieser E-Mail wirklich nötig ist.

Von: . Sekretariat <Sekretariat@verkehrsmanagement-elbeelster.de>
Gesendet: Montag, 25. März 2024 13:12
An: VMEE - Infrastruktur <Infra@verkehrsmanagement-elbeelster.de>
Betreff: WG: Gemeinde Röderland - Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf" und 2. Änderung des Flächennutzungsplans

Von: beteiligung@planundrecht.de <beteiligung@planundrecht.de>

Gesendet: Montag, 25. März 2024 11:54

An:



Betreff: Gemeinde Röderland - Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf" und 2. Änderung des Flächennutzungsplans

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Beachtung des als Anlage angefügten Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



Plan und Recht GmbH

Bauleitplanung

Entwicklungsplanung

Regionalplanung

Oderberger Straße 40

10435 Berlin

Tel. 030 / 440 24 555

Fax 030 / 440 24 554

info@planundrecht.de

Geschäftsführer

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

HRB 62449B Amtsgericht Charlottenburg

Umsatzsteuer-ID DE185077118

Diese E-Mail ist nur für den benannten Empfänger bestimmt und kann vertrauliche und/oder privilegierte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der bestimmungsgemäße Empfänger sind, unterrichten Sie bitte den Absender. Bitte lesen, kopieren, nutzen oder offenbaren Sie keine der enthaltenen Informationen und löschen die E-Mail auf dem/den Computer(n) oder anderen Geräten, auf dem oder denen Sie sie empfangen haben.

This e-mail is intended only to the person or entity to which it is addressed and may be confidential and/or privileged. If you are not the intended recipient, please notify the sender and do not read, use, copy or disclose any information contained to others and delete it from the computer(s) or other equipment, on which you received it.

Hinweise zu unseren Datenschutzgrundsätzen finden Sie hier:

<http://www.planundrecht.de/?site=impressum>

- RÜCKANTWORT -

Eingegangen	
16.04. 2024 Datum	KW Zeicher

BLB | Müllroser Chaussee 48 | 15236 Frankfurt (Oder)

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

- Formblatt -

**Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und
vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 2 Baugesetzbuch)**

Vorbemerkung:

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen [X]

A. Allgemeine Angaben:

Stadt / Gemeinde / Amt **Röderland**

☐ Flächennutzungsplan:

☒ Bebauungsplan: **Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – Ortsteil Wainsdorf“
der Gemeinde Röderland**

☐ Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan:

☐ sonstiges :

Fristablauf für die Stellungnahme am: **25.04.2024**

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:

Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen
Facilitymanagement
Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 60676-
Telefax: 0335 60676-
Bearbeiter:
@blb.brandenburg.de
Gesch-Z.: FM LM-MF 2012/WAIN-TÖB

☒ **Keine Einwände**

- ☐ Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.

(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

1. Einwendung:

.....

2. Rechtsgrundlage:

.....

3. Möglichkeit der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen):

.....

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

.....

- ☐ Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:

.....

Frankfurt (Oder),

12.04.2024

Datum,

Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen (BLB)
Geschäftsbereich Facilitymanagement
Liegenschaftsmanagement
Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)

Plan und Recht GmbH

Von: [REDACTED]@cottbus.ihk.de>
Gesendet: Freitag, 26. April 2024 13:49
An: beteiligung@planundrecht.de
Betreff: Stellungnahme der IHK Cottbus als TöB gemäß § 4 BauGB zum
vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlagen - OT
Wainsdorf", Gemeinde Röderland

Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die erneute Übersendung der Planunterlagen zu o.g. Vorhaben.

Seitens der IHK Cottbus gibt es weiterhin keine Einwände.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Geschäftsbereich: Standortpolitik und Regionalentwicklung
Regional- und Bauleitplanung, Immobilien, Stadtentwicklung,



Goethestraße 1
03046 Cottbus
Deutschland

Tel: +49 (355) 365 - [REDACTED]
Fax: +49 (355) 365 - [REDACTED]
eMail: [REDACTED]@cottbus.ihk.de

Wirtschaftsinformationen und Veranstaltungen per E-Mail erhalten



Datenschutzerklärung

Pflichtinformationen nach DSGVO

**ZUKUNFTS
BRANDENBURG** **PREIS
2024**

**Bis 3. Mai 2024
bewerben**

Handelsverband, Fürstenwalder Poststr. 86, 15234 Frankfurt (Oder)

Plan und Recht GmbH
Bauleitplanung, Entwicklungsplanung
Regionalplanung
Oderberger Str. 40

10435 Berlin

Querschnittsaufgabe Landesplanung

Ihre Nachricht vom:

25.03.2024 /Mail

Bearbeiter:

[REDACTED]

Frankfurt (Oder), den 21.04.2024

Stellungnahme

zum Entwurf Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage-OT Wainsdorf“ (Stand: März 2024)

und

2. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Röderland,
(Stand: März 2024)

Christine Minkley

Leiterin Regionalbereiche

Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.
Regionalbereiche Ostbrandenburg
und Südbrandenburg

Fürstenwalder Poststraße 86
15234 Frankfurt (Oder)

Telefon 0335 / 400 03 05
Telefax 0335 / 400 70 53
Mobil 0174 / 433 18 68
minkley@hbb-ev.de
www.hbb-ev.de

Berliner Volksbank
IBAN: DE95 1009 0000 1734 3040 06
BIC: BEVODE33

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB) bedankt sich für die erneute Beteiligung am Entwurf zum Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage-OT Wainsdorf einschl. paralleler 2. Änderung des FNP der Gemeinde Röderland.

Ziel des Bebauungsplanes ist es weiterhin, im Ortsteil Wainsdorf die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ der Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie auf einer Fläche von ca. 25 ha planungsrechtlich zu ermöglichen, damit eine Freiflächenphotovoltaikanlage zur Erzeugung von Solarstrom auf überwiegend privater Ackerfläche realisiert werden kann.

Mit der Umsetzung des Bebauungsplans soll die Nutzung der Flächen für eine lokale und regionale Landwirtschaft als Ressource für regionale Produkte aufgegeben werden.

Rein vorsorglich weisen wir darauf hin, dass der HBB im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit Schreiben vom 26.05.2023 eine Stellungnahme zu den Planentwürfen mit Stand Mai 2023 abgeben hat.

Es wurden mehrfache Hinweise gegeben, mit der Bitte, diese zu beachten und zu prüfen. In der aktuellen Entwurfsvorlage unter Pkt.9 Alternativen (S. 28-29) wurde unser Hinweis für die Errichtung sog. Agri-Photovoltaikanlagen als Möglichkeit bestätigt, um den Nutzungskonflikt zw. Landwirtschaft und Energiegewinnung aufzulösen.

Wenn die ökonomische Tragweite des Vorhabens aus Sicht des Vorhabenträgers durch Umstellung privater Ackerflächen auf Agri-Photovoltaik, Zitat: „deutlich minimiert wird“ bei einer Laufzeit von mehr als 20 Jahren, und nach dem gesetzgeberischen Willen hier agiert werden soll, wird aus Sicht des HBB das ursprüngliche Ziel eines nachhaltigen und ganzheitlichen Gesamtkonzeptes für alle Beteiligten ignoriert.

Wir weisen nochmals ausdrücklich die politischen Entscheidungsträger darauf hin, dass Grund- und Bodenflächen nicht nachwachsen, um Nahrungsmittel für die europäische und/ oder nationale Bevölkerung dennoch zu sichern. Wenn nicht die Landwirtschaft unter der Maßgabe, die Bodenstrukturen als Naturgut für eine permanent wachsende Weltbevölkerung sichert und die Fruchtbarkeit der Böden sichert, verbessert und für die regionale/ lokale Produktion von Lebensmitteln mit kurzen Transportwegen herstellt, wer dann?

Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung in Verbindung mit Schaffung von Arbeitsplätzen in der Branche selbst können dabei hilfreich sein.

Im Zusammenhang der Entwurfsvorlage zur **2. Änderung des Flächennutzungsplanes** (Stand März 2024) möchte der HBB sich wie folgt äußern.

Da dem FNP aufgrund seiner Aufgabe die Programmierung und Koordinierung gemeindlicher Ordnung zukommt, kommt dem FNP gleichwohl auch die maßgebende **Leitfunktion** in der gemeindlichen Entwicklung zu.

Beschränkt auf den fachlichen und sachlichen Aufgabenbereich des HBB ergeben sich, bezogen auf die vorliegende 2. Änderung der FNP-Entwurfsvorlage, folgende Bedenken.

Die Wertschöpfungspotentiale können in der Region gehoben werden insbesondere mit dem Ziel, Energieverbrauch zu senken und Einsparpotentiale auf allen Verbrauchsebenen zu fördern.

Wir appellieren an die Entscheidungsträger, von der Förderung einer steigenden Energieverbrauchsgewohnheit abzusehen und umzukehren.

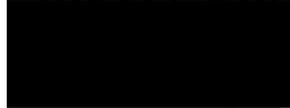
Investoren und jeder einzelne Bürger sollten Verantwortung im Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Grund und Boden, die für die Ernährung der Bevölkerung vorbestimmt sind, zeigen.

Geschlossene Rohstoffkreisläufe, Berücksichtigung Dezentralität und räumlicher Verbrauchsnähe für eine **dezentrale Energiewende** sollten zukünftig das Ziel aller Beteiligten sein. Einer Wertschöpfung im Plangebiet und nachhaltige Nutzung der erzeugten Energie vor Ort zu bezahlbaren Preisen sind zu priorisieren.

Klimatische Veränderungen, Pandemien oder durch Menschen ausgelöste Krisen sind zu bedenken. Forschung und Entwicklung in der Region und für die Region können neue Erkenntnisse bringen, die sich positiv auf alle Beteiligte auswirken könnten, wenn sie denn genutzt würden.

Wir bitten, den HBB über das Beteiligungsergebnis zu informieren.
Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ost- und Südbrandenburg



BUNDESWEHR

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Fontainengraben 200 • 53123 Bonn

Plan & Recht GmbH
Oderberger Str. 40
10345 Berlin

Nur per E-Mail: beteteiligung@planundrecht.de

Aktenzeichen	Ansprechperson	Telefon	E-Mail	Datum,
45-60-00 / VII-0604-24-BBP	■■■■■	0228 5504-■■■■■	baludbwtoeb@bundeswehr.org	19.04.2024

Betreff: Anforderung einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

hier: **Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf**

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.03.2024 - Ihr Zeichen: Ohne

Sehr geehrte Damen und Herren,

vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungs-
belange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben
seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

■■■■■



BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR

REFERAT INFRA I 3

Fontainengraben 200
53123 Bonn
Postfach 29 63
53019 Bonn

Tel. + 49 (0) 228 5504-0
Fax + 49 (0) 228 550489-5763
WWW.BUNDESWEHR.DE

Allgemeine Information:

Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form (E-Mail /Internetlink) bereitzustellen. Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um Übersendung als Datenträger (CD, DVD, USB-Stick). Postalisch übermittelte Antragsunterlagen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zurückgesandt.

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

INFRASTRUKTUR

Deutscher Wetterdienst - Postfach 60 05 52 - 14405 Potsdam

Plan und Recht
Oderbergerstraße 40
10435 Berlin

Finanzen und Service

Ansprechpartner:
[REDACTED]
Telefon:
069 8062 [REDACTED]
E-Mail:
Pb24.toeb@dwd.de

Geschäftszeichen:
PB24/07.59.04/PB24BB_
026-2024
Fax:
069/8062-1 [REDACTED]
UST-ID: DE221793973

Potsdam, 15. April 2024

Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange

Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ und parallele Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland“

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Ihr Schreiben vom 25.03.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bedanke ich mich für die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange am Genehmigungsverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ und der parallelen Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland“ und nehme hierzu wie folgt Stellung.

Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.

Das geplante Vorhaben beeinflusst nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner:innen des DWD gerne zur Verfügung.

Hinweis: Wir möchten Sie bitten Ihre Anträge nebst Anlagen zukünftig in digitaler Form an die E-Mail-Adresse: PB24.TOEB@dwd.de zu senden. Sie helfen uns damit bei der Umsetzung einer nachhaltigen und digitalen Verwaltung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]